Kamerad V-Mann

observieren, finanzieren, dirigieren...

H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 78
Sept./Okt. 02
2,00 Euro

DER RECHTE RAND



Informationen von und für AntifaschistInnen

Heß-Marsch – VS-Verstrickungen – Immobilienkauf von Neonazis – „Deutsche Stimme"-Pressefest – „Landser"-Prozess – Interview mit Techno-Initiative – Rechter Darkwave in Sachsen – Neofaschisten und 11. September – JF-Prozess – Rechtes Europa-Netzwerk – Europäische Sprachencharta – Anzeige gegen Riefenstahl – Migration als Wahlkampfthema – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

Editorial

Welcher Neonazi erfüllt nur seinen Dienst? Welcher Rechte gehorcht nur seinen Anweisungen? Kaum mussten das „Bundesamt für Verfassungsschutz" (VS) und Landesministerien beim NPD-Verbotsverfahren einräumen, dass V-Männer die Parteipolitik gestalteten, müssen nun die Behörden des Inneren bestätigen, dass ihre Mitarbeiter im RechtsRock schalten und walten. Die wenigen Fakten der letzten Monate über die große Relevanz der Verfassungsschutzämter und Geheimdienste bei der extremen Rechten von Parteien bis Bands laden zu Verschwörungtheorien ein. Wer lanciert die Infos, wer forciert diese Politik, aus welchem Interesse heraus und wer ist überhaupt wer? Auch die Redaktion des Der Rechte Rand *fragt sich, welcher militante ‚Alte Rechte' oder intellektuelle ‚Neue Rechte', der in der seit über zehn Jahren erscheinenden Zeitschrift erwähnt wurde, welchen Diensten angehört und was deren Auftrag ist. Dies könnte zu der Frage verleiten, ob Adolf Hitler, der 1919 auf einer Liste der bayrischen „Nachrichtenabteilung Abt. Ib/P" als V-Mann erscheint, nicht auch nur ein „aus dem Ruder gelaufener" Spitzel war.*

Nun bestätigt sich wieder einmal, worauf AntifaschistInnen schon seit Jahren hinweisen: Die Behörden des Inneren gefährden nicht die extreme Rechte, sondern die Gesellschaft. V-Männer begehen Straftaten im Dienst, bauen Infrastrukturen mit Staatsgeldern auf und greifen „Undeutsche" geschützt von Amtswegen an. In dieser Ausgabe berichten wir über die VS-Mitarbeit im RechtsRock-Bereich.

Verstärkte Beachtung sollte auch die Techno-Szene finden. Unter Techno-Fans haben - so eine Studie aus Österreich - rechte Einstellungen stark zugenommen. Mittlerweile bemüht sich eine Initiative innerhalb der Techno-Szene, dem Einhalt zu gebieten.

Doch nicht nur im Jugendkulturbereich, auch in der „erwachsenen Hochkultur" lassen sich Affinitäten zu extrem rechten Kulturvorstellungen finden: Momentan wird wieder einmal die NS-Propaganda-Filmerin Leni Riefenstahl von den Feuilletons und Kulturredaktionen hofiert, als wäre ihre Ästhetik noch nie als faschistische entlarvt worden. Doch im Jahr 10 nach den rassistischen Brandanschlägen in Rostock-Lichtenhagen scheint das nahezu niemanden zu interessieren. Symptomatisch für die politische Situation in Deutschland ist auch ein CDU-Wahlplakat des Landtagsabgeordneten Reinhardt Thomas, das am Ort der Brandanschläge aufgestellt wurde und wohl das Höchstmaß an Dreistigkeit und Opferverhöhnung bedeutet: Gefordert wird der Stopp der „Zuwanderung in unser Sozialsystem". Was Thomas propagiert, haben rechte Jugendliche auf ihre Art bereits in die Tat umgesetzt. Sie legten Feuer am Rostocker „Sonnenblumenhaus" und an einem nahe gelegenen asiatischen Laden. Uneingeschränkt kann da dem Rostocker Oberbürgermeister Arno Pöker zugestimmt werden: „Solche Slogans tragen dazu bei, dass ein Klima entsteht, in dem Lichtenhagen möglich war."

Der nächste Der Rechte Rand erscheint Anfang November, Redaktionsschluss ist der 8. 10. 2002.

Fotos in dieser Ausgabe: P. Jülich (S. 3 (4), 6 und 13), Bildarchiv Der Rechte Rand (S. 4)

Termine

28. September 2002, Löbau (Sachsen): Antirassismus-Festival der Initiativen „Augen auf, Zivilcourage zeigen" und „No historical backspin" mit Open Air Pop- und HipHop-Acts und anschließend Party mit Techno, House und Breakbeat. Der Eintritt beträgt je 3,- Euro. Das ganze Stadtgebiet ist mit Kinoveranstaltungen, Ausstellungen etc. einbezogen.

12. Oktober 2002, München: Ein breites Bündnis mobilisiert gegen eine von Steffen Hupka angemeldete Neonazi-Demonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44". Das Bündnis ruft auf, den Nazis kreativ und entschlossen entgegenzutreten. Nähere Informationen: http://www.buendnis-gegen-rassismus.de/

Strukturelle Kontinuität

Internationale Demo zum Gedenken an Rudolf Heß

Rund 2.500 Neonazis versammelten sich am 15. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß zu einem Gedenkmarsch in der bayerischen Kleinstadt Wunsiedel. Die Beteiligung von Neonazis aus ganz Europa hat gezeigt, dass der Rudolf-Heß-Marsch als Bezugspunkt eines internationalen neonazistischen Netzwerkes in über zehn Jahren nicht an Bedeutung verloren hat.

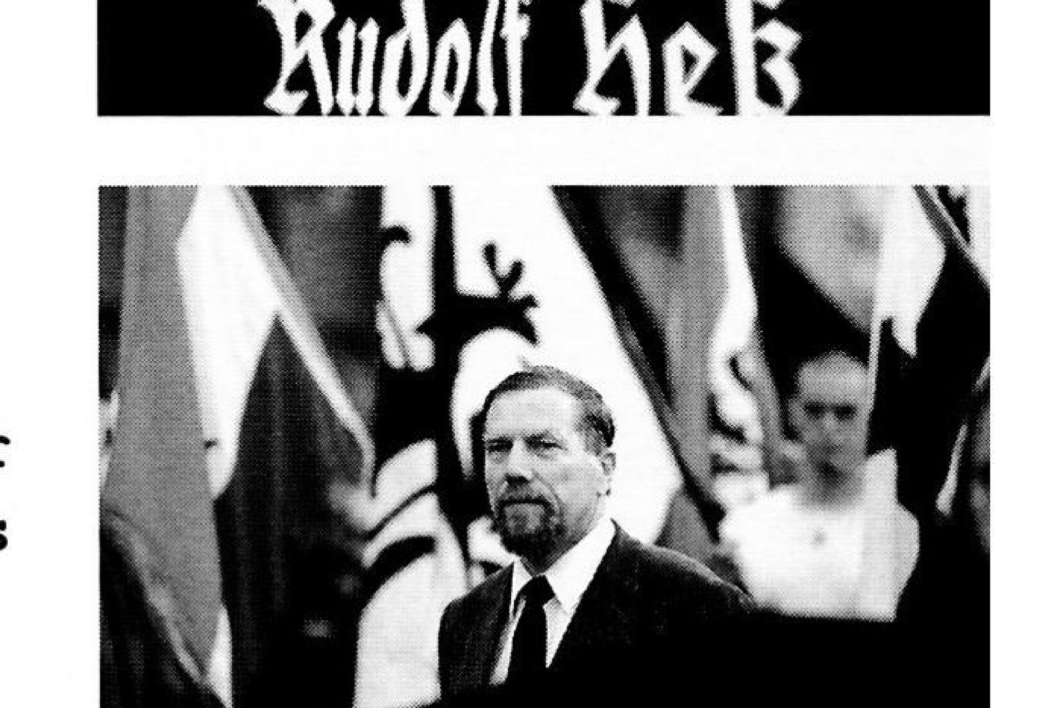
von Liane M. Dubowy

Selbst große Neonazi-Aufmärsche der letzten zehn Jahre, wie etwa am 1. März 1997 in München gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" zu dem rund 5.000 Neonazis gekommen waren, konnten kein derartiges Spektrum mobilisieren: Etwa 2.500 Neonazis aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Italien, Spanien, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Polen, Litauen, Tschechien und Kroatien waren zum Gedenkmarsch erschienen und unterstützten den Anmelder Jürgen Rieger bei seinem Versuch, Wunsiedel erneut als Wallfahrtsort für Faschisten aus ganz Europa zu etablieren. Wie schon im Jahr zuvor hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH), der in Auslegung einer Reihe von Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts die städtischen und erstinstanzlichen Verbote wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung revidierte, die Neonazi-Demonstration ermöglicht. Die Veranstaltung stelle – so der VGH – lediglich eine beabsichtigte Meinungsäußerung, jedoch „noch keine strafbare Verherrlichung des Nationalsozialismus„ dar. Ein weiterer Schritt in der Rehabilitierung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, der der von den Rechten betriebenen Mythenbildung um den „Friedensflieger", der „nur einen Krieg verhindern wollte", in die Hände spielt. Der Gedenkmarsch für den Nationalsozialisten, der sein Tun nie bereut hat, bietet aber darüber hinaus die seltene Gelegenheit, sich positiv auf den NS zu beziehen, ohne strafrechtliche Konsequenzen fürchten zu müssen. Dafür sind Neonazis aus den unterschiedlichsten Spektren bereit, alle Streitereien und Meinungsverschiedenheiten beiseite zu lassen und seltene Einigkeit und Stärke zu demonstrieren. Und nicht zuletzt nutzen die rechten Strukturen auch die dadurch entstehenden praktischen Vorteile einer weiteren Vernetzung auf europäischer Ebene und die Gelegenheit zum Informationsaustausch mit Neonazis aus anderen Ländern.



Über die Bedeutung des Gedenkmarsches für die Szene ist sich die Führungsriege der „Freien Nationalisten" über alle Differenzen hinweg einig und reiste in diesem Jahr fast vollständig an. Lediglich Steffen Hupka, der für den 12. Oktober diesen Jahres in München eine erneute Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung angemeldet hat und beispielsweise den Rudolf-Heß-Marsch 1996 leitete, ließ sich nicht blicken. Die NPD/JN hingegen, die ab 1992 an den Vorbereitungen und Anmeldungen beteiligt war und sich offen mit der militanten NS-Szene solidarisierte, stellte nur einen geringen Teil der Anwesenden, wenn auch der stellvertretende NPD-Parteivorsitzende Holger Apfel gegen Ende der Veranstaltung eine kurze Gastrede halten durfte.

Das organisatorische Spektrum des Aufmarsches zum Heß-Gedenken ist über die Jahre hinweg weitgehend unverändert geblieben. Jürgen Rieger, Anmelder der Demonstrationen in Wunsiedel 2001 und 2002, hatte bereits den Rechtsstreit gegen das Verbot des ersten Rudolf-Heß-Marsches im Jahr 1988 übernommen und auch in den 1990er Jahren selbst Aufmärsche angemeldet, von denen etwa der im Jahr 1991 in Bayreuth genehmigt worden. Zum festen OrganisatorInnen-Kreis zählen ebenfalls seit 1989 auch Thomas Wulff und Christian Malcoci, der in diesem Jahr auch eine kurze Rede hielt. Etwas mehr im Hintergrund hielt sich heuer dafür Christian Worch, der schon maßgeblich an der Organisation des Marsches im Jahr 1989 beteiligt war, Mitte der 1990er Jahre das so genannte „Wunsiedel-Komitee" geleitet und zu diesem Thema zuletzt Demonstrationen im Jahr 2000 angemeldet hatte. Trotz staatlicher Verbote ist die personelle Zusammensetzung der Führungsebene, die das Heß-Gedenken von jeher organisiert, dieselbe geblieben. Wenn auch die Organisationen, denen viele aus dem hier involvierten Personenkreis Anfang der 1990er Jahre angehörten, wie etwa die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) mit ihren regionalen Untergliederungen, die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) oder die „Nationale Liste" (NL), längst verboten sind, blieb die organisatorische Struktur davon doch weitgehend unbehelligt und auch personell gab es kaum Veränderungen. Und daran wird sich vermutlich auch in den nächsten Jahren wenig ändern. Jürgen Rieger zumindest hat sich die Führungsrolle in der Wunsiedel-Organisation bereits gesichert und den jährlichen Aufmarsch in der Kleinstadt, in der Rudolf Heß begraben liegt, bereits bis 2010 angemeldet.



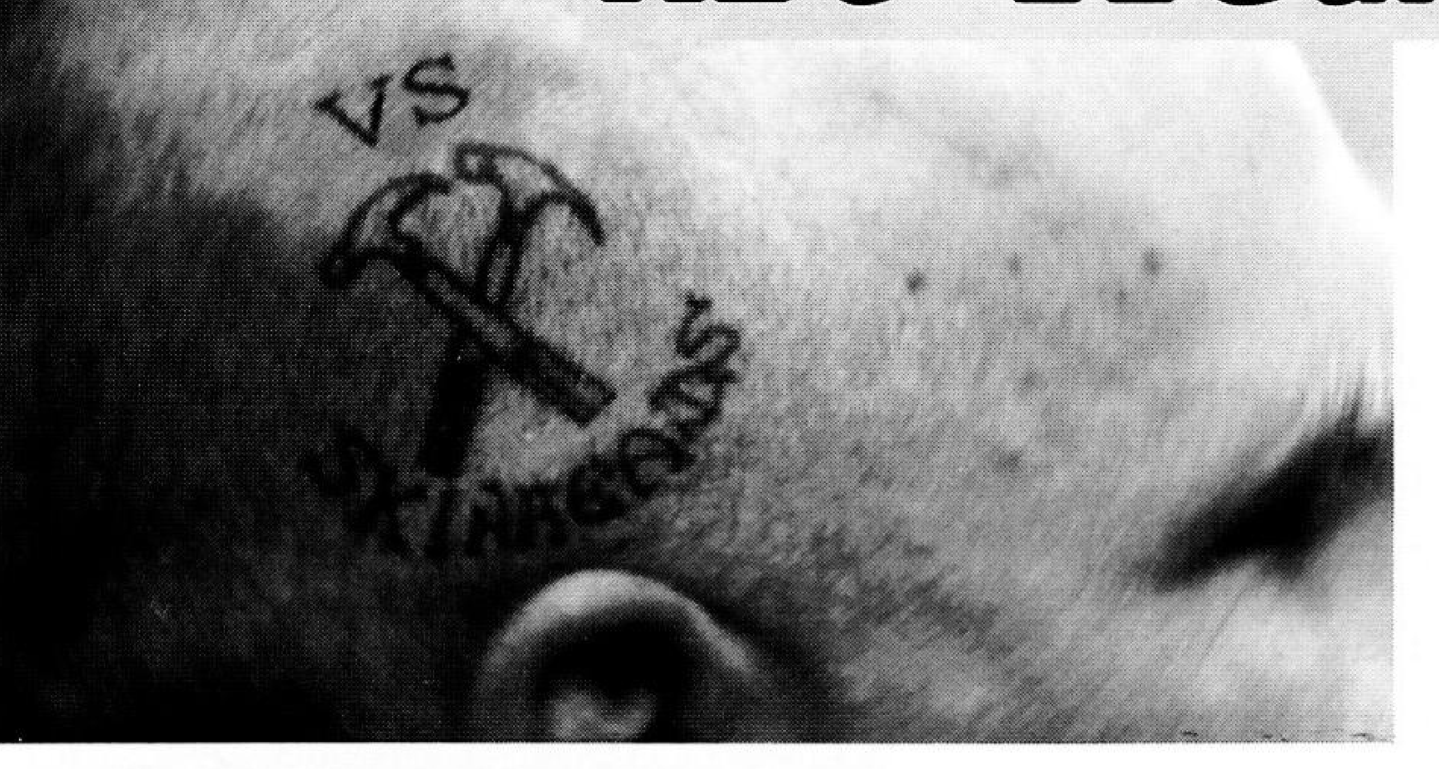




2. v. o.: Anmelder Jürgen Rieger

In der reihe antifaschistischer texte (rat) ist eine Broschüre zum Thema mit dem Titel „Der Mythos stirbt zuletzt - neonazistisches Gedenken - der Kriegsverbrecher Rudolf Heß - antifaschistische Diskussion" erschienen. Bestelladresse: rat, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg).

Mit freundlicher Unterstützung



Innenbehörden als RechtsRock-Förderer

Die CDs „Noten des Hasses" oder „Ran an den Feind" gehören zu den inkriminierten Bestsellern des rechten Undergrounds. Die Bands „White Aryan Rebels" und „Landser" gelten als Stars der Szene. Der Radikalität ihrer Songs verdanken sie ihren Kultstatus. „Mit der Lizenz zum Töten ziehen wir dann durch das Land/ Dann wird alles Kranke erschlagen und niedergebrannt", singen die „White Aryan Rebels" und „Landser" intoniert: „Kanake verrecke/ Du bist nichts weiter als ein mieses Stück Kacke/ Du mußt hier weg." Die Ressourcen für die Produktion kamen allerdings auch von den Behörden des Inneren.

von Jos Anders & Christian Dornbusch

Ein knappes Jahr, nachdem im NPD-Verbotsverfahren V-Männer aufgeflogen waren, müssen nun einige Verfassungsschutzämter einräumen, dass auch bei der Produktion und dem Merchandising des RechtsRock Zuträger des VS schalten und walten. Mit der Lizenz vom VS stellten Toni Stadler aus Brandenburg und Mirko Hesse aus Sachsen CDs von „White Aryan Rebels" und „Landser" her. Seit Stadler am 20. Juli diesen Jahres bei einer Razzia der Berliner Behörden, um die Zweitauflage von „Noten des Hasses" in Marzahn zu konfiszieren, als brandenburgischer V-Mann aufflog, streiten sich die Landesämter. Die Berliner Polizei sah sich wegen „schwer wiegender Straftaten" genötigt einzugreifen. Der Cottbuser soll nicht nur an der Produktion der „Landser"-CD „Ran an den Feind" und der „Sturmbrigade"-CD „Kinder des Zorns" beteiligt gewesen sein, sondern spielt auch selbst bei den „White Aryan Rebels" mit und unterhielt den Laden und Versand „Top One" (nun „Hatecrime") in Guben und Cottbus. Überdies vertreibt Stadler, der zudem das Fanzine „Volkswille" mitherausgab, diverse illegale RechtsRock-CDs. 1997 verurteile ihn ein Gericht wegen der „Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen" zu einer Geldstrafe und im letzten Jahr ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen der „Verbreitung rechtsextremer Propaganda". Stadler, so die Berliner Beamten, sei den Potsdamer Kollegen „aus dem Ruder gelaufen" und hätte längst „abgeschaltet" werden müssen. Die gescholtenen Beamten sehen dies anders. Geführt von seinem Vorgesetzten, heißt es, sollte er zum bundesweit wichtigsten V-Mann im RechtsRock-Vertriebssystem aufgebaut werden, um das europaweite Netzwerk zu zerschlagen. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm stellt sich denn auch vor seine Behörde. Mit allzu „braven V-Leuten", betont Schönbohm, könnte in der rechten Szene nicht ermittelt werden. Vor der Razzia soll der Schützling noch schnell einen „sauberen Computer" erhalten haben, um nicht „strafrechtlich" aufzufallen. Nun ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft gegen den V-Mann und dessen Führer „wegen Strafvereitelung im Amt". Inzwischen hat sich auch die Bundesanwaltschaft eingeschaltet, um zu erfahren, inwieweit der V-Mann bei „Landser"-Produktionen dienlich war. Denn gegen die Band ermittelt die Behörde seit fast zwei Jahren wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung". Selbst die Berliner Ermittler stellen nun fest, dass „der Verfassungsschutz in Brandenburg das Problem produziert, das er bekämpfen soll". Der Vorwurf hat sich bereits erneut bestätigt. Ausweislich eines Vermerkes des Landeskriminalamts (LKA) in Sachsen-Anhalt wird der Betreiber des Versands „Hatesound", Sven Schneider aus Werder in Brandenburg, als Informant des brandenburgischen LKA geführt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit zwei Jahren gegen Schneider und weitere 37 Beschuldigte in sieben Bundesländern wegen des Verstoßes gegen das Vereinsverbot des Nazinetzwerks „Blood & Honour" (B&H). Gegenüber der Presse bestätigte der Staatsanwalt Klaus Wiechmann, dass ein entsprechender Aktenvermerk über die Informationstätigkeit, der auf einer Naziwebsite gepostet wurde, aus den Ermittlungsakten stamme. „Der Umstand, dass er Informant war", so Wiechmann, „heißt nicht, dass er Straftaten begehen darf". An dem Vertrieb von „Ran an den Feind" war aber nicht nur ein V-Mann der brandenburgischen Innenbehörde beteiligt, sondern auch ein Spitzel des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Laut den Ermittlern in Sachsen hat Mirko Hesse den Verkauf der „Landser"-CD „persönlich organisiert", auf der die Band dazu aufruft, Israel zu bombardieren, „Nigger" aufzuhängen und Mitglieder von Bundesregierung und Bundestag zu massakrieren – „Stürmt den Reichstag, räuchert sie aus, macht der Rattenbande den Garaus". Bereits 2001 war die Wohnung Hesses, der zu der engsten Führungsriege der „Hammerskins" gehört, im sächsischen Langburkersdorf von der Polizei gestürmt worden. Von dort hat der V-Mann seine 1997 gegründete Firma „H.A. Records" geführt. Die Beamten fanden ca.10.000 CDs, Computer, eine halbautomatische Pistole und mehrere hundert Patronen. Im Dezember 2001 verurteile ein Gericht Hesse, der auch noch das Fanzine „Hass-Attacke" - früher „White Resistance" - herausgab, u.a. wegen Volksverhetzung und verbotenen Waffenbesitzes zu zwei Jahren Haft. Bis zum Haftbeginn führte er auch das Label „Hagal records", übernahm das NS-Black-Metal-Label „Darker than Black" und produzierte die CD „Deutsches Volk erwache!" von „DST" (Deutsch, Stolz und Treu). Schon im Sommer 2000 flog Carsten Szczepanski auf, der sechs Jahre lang V-Mann für den brandenburgischen VS war. 1992 versuchte Szczepanski mit seinen Kameraden einen Asylbewerber zu ertränken, weshalb er wegen versuchten Mordes verurteilt wurde. Jahrelang hat der V-Mann landesweit Konzerte veranstaltet, über Königs-Wusterhausen RechtsRock-Produkte vertrieben und eines der ältesten Skinhefte „United Skins" verlegt. Mit Verweis auf „operative Vorgänge und Verfahren" verweigern die Verfassungsschützer zu allen Fällen einen Kommentar. Nicht nur, dass Behörden des Inneren mit Manpower und Finanzen den Takt zur Begleitmusik zu Mord und Totschlag mit angeben, die Informationen, die sie erhielten und zusammentrugen, gaben sie auch nicht zur Strafverfolgung weiter.

Prozess gegen Mythen

Die Berliner RechtsRock-Band „Landser"

Am 5. Oktober letzten Jahres durchsuchte die Polizei 22 Objekte in mehreren Bundesländern und nahm Michael „Lunikoff" Regener, Andre „Möhre" Möricke, Christian Wenndorf, Jean-Rene Bauer und Jan Werner wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung - gemeint ist die neonazistische Rockband „Landser" - fest. Doch elf Monate später ist der Prozessbeginn immer noch nicht in Sicht.

von Christian Dornbusch

Gegründet wurde die vermutlich in der Szene beliebteste Band 1992 unter dem Namen „Endlösung". Ihren heutigen Namen erhielt sie erst ein halbes Jahr später. Die Besetzung der Band wechselte über die Jahre. Der festgenommene Jean-Rene Bauer fungierte beispielsweise nur bis 1998 als Gitarrist. Einzig Michael Regener ist Gründungsmitglied und bildet mit Möricke und Wenndorf das aktuelle Line-Up. Mit dem Vertrieb der veröffentlichten CDs war Jan Werner, Betreiber des Labels „Movement Records", betraut.



Bereits im Herbst 1992 veröffentlichte die Berliner Gruppe ihr erstes Demo-Tape mit dem Titel „Das Reich kommt wieder", auf dem sie die Gewalt gegen MigrantInnen verherrlichten: „In Rostock und Hoyerswerda - la, la, la, la, la. Und bald im ganzen Land, da kämpfen deutsche Skinheads mit dem Molli in der Hand." Dieser extreme Rassismus sowie ihre offen präsentierte neonazistische Einstellung begründeten schnell ihren „Kultstatus" in der Szene. Nach dem zweiten, 1993 veröffentlichtem Demo „Berlin bleibt deutsch", folgte 1996 schließlich die erste CD - „Republik der Strolche". Nunmehr begann die Band offensiv ihren Mythos aufzubauen: „Wir wecken die Kräfte, die in euch wohnen, wir schüren den Hass und die Emotionen. In unseren Adern kocht Wikinger Blut, in unseren Texten steckt deutsche Wut", singen sie über sich selbst. 1997 setzten sie diese Selbststilisierung auf der zweiten CD „Rock gegen oben" fort: „Weißer Rock'n Roll ist unser Leben, Landser wird es ewig geben. Kein System kann uns zerstören und unsere Feinde sollen es hören!" Obwohl keine der vorwiegend im Ausland hergestellten CDs in Deutschland offiziell über einen Versand beworben oder vertrieben wurde, avancierten die Berliner zu den Stars des RechtsRock. Auf der 2000 veröffentlichten CD „Ran an den Feind" verklärte sich die Band dann schließlich gar zu „Terroristen mit E-Gitarren". Der so erzeugte Mythos weckte das Interesse der oft jugendlichen Hörer. Für die Verbreitung ihrer Platten sorgten die heimischen CD-Brenner sowie die permanente Verfügbarkeit der Titel im Internet.

Zur Selbstinszenierung der Band gehörte auch, dass sie sich selten in der Öffentlichkeit präsentierte. In den letzten zehn Jahren gaben sie gerade einmal drei Interviews, in dem sie sich als Verfolgte und „radikale" Kritiker präsentierten: „Wir sagen, was wir denken. Wir sind angepißt von dieser Bananen Republik, die uns die Kehle abgeschnürt hat. Sie schlägt die Nägel in den Sarg für unsere Kultur", erläuterten sie 2001 im Interview mit dem amerikanischen „Resistance"-Magazin. Auch live trat die Band selten auf. Wer einen Mythos um sich bauen will, muss sich rar machen.

Das im vergangenen Jahr eingeleitete Strafverfahren zog in der RechtsRock-Szene, wie zu erwarten war, eine sofortige Solidaritätsaktion nach sich. Während der Rechtsanwalt der Band, Carsten Schrank, ein „Solidaritäts-Konto" einrichtete, verkündeten die beiden US-amerikanischen Bands „Bound for Glory" und „Intimidation One", dass sie gemeinsam eine Benefiz-CD einspielen wollten, deren Erlös „Landser" zu Gute kommen sollte. Doch das Projekt löste sich im Streit auf und so erschien im Frühsommer diesen Jahres die CD „Comrades till the end", die federführend von Mitgliedern der Band „Bound for Glory" eingespielt wurde. Doch während sie nur einen Cover-Song der deutschen Band präsentieren, spielte „Intimidation One" für das noch nicht veröffentlichte Album „Break the chains" gleich zwölf Lieder der Berliner ein und übersetzte die Texte ins Englische. Der Gewinn aus dem Verkauf der beiden CDs ist unter anderem für die Prozesskosten von „Landser" bestimmt.

Ein Erfolg des ausstehenden Prozesses und einer eventuellen Verurteilung könnte darin bestehen, den Mythos der Band zu brechen. Doch die momentane Verzögerung arbeitet wieder für die Band. Während die Prozesstermine noch immer ausstehen, erschien im Juli auf dem Label „Wotan 88" eine CD der Band „Tanzorchester immervoll" mit dem Titel „... jetzt erst recht". Hinter dem Namen steht die Band „Landser", die auf dem Album ein Potpourri alter, vermeintlich legaler Lieder veröffentlichte. Die CD ist offen bei allen Versänden der Szene zu beziehen. Und sie scheint ein Verkaufsschlager zu sein, denn einige Versände vermeldeten bereits kurz nach Erscheinen deren Ausverkauf. Produziert wurde die CD durch „Uni-Rec." von Lutz Willert, Betreiber des Labels „LuWi-Tonträger". Gleich im ersten Lied fährt die Band mit der altbekannten Selbstinszenierung fort und höhnt in Richtung Staatsanwaltschaft, Polizei und Antifa und damit auch in Richtung des bevorstehenden Prozesses: „Aber laß diesen Abschaum doch gröhlen und schreien, Rotz und Wasser heulen und Gift und Galle speien. Wir werden weiter unser Lied'lein singen, es macht einfach Spaß dieses Pack zur Weißglut zu bringen. Tralali, tralala, tralali, tralala, tralali ..."

Knütter und die CDU

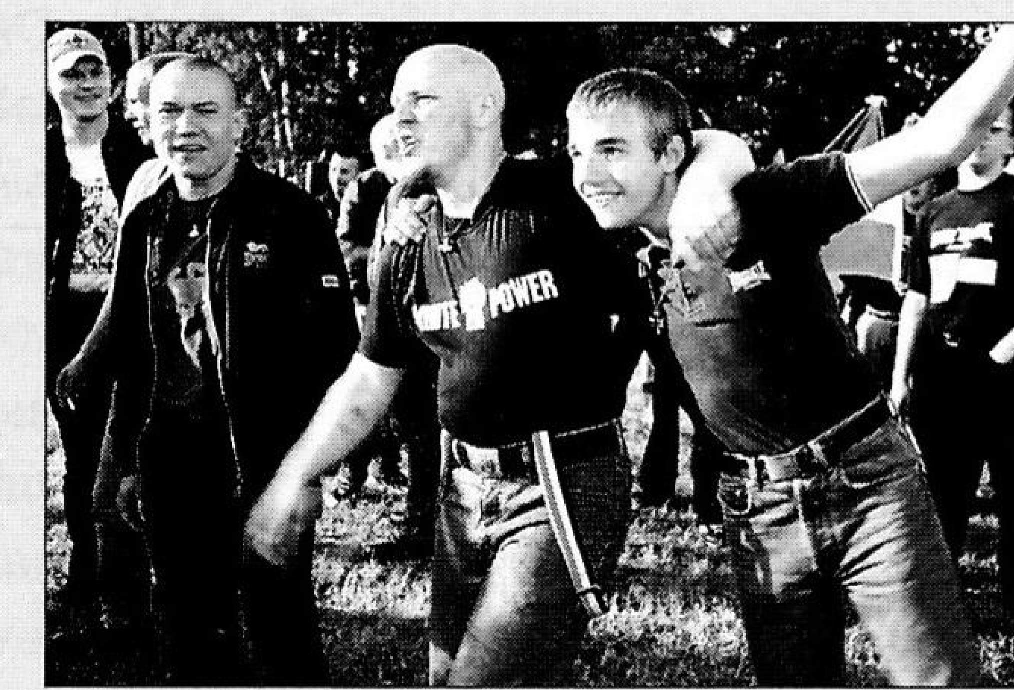
Wirbel beim CDU-Ortsverein Bornheim-Rösberg hat die ARD-Sendung „Panorama" ausgelöst. In dem TV-Beitrag ging es um einen Auftritt ihres Schriftführers, des emeritierten Bonner Professors Hans-Helmuth Knütter, vor der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP). Knütter, der immer noch Prüfungen an der Bonner Universität abhalten darf, forderte auf der GFP-Veranstaltung im hessischen Hohenroda seine Zuhörerschaft, unter ihnen NPD-Funktionäre, Auschwitz-Leugner und gewaltbereite Neonazis, dazu auf, „Geld zu sammeln", damit sich „die jüngeren Leute mit persönlichem, mit körperlichem Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele einsetzen" können.

Durchsuchung bei „Hammerskins“

Die Staatsanwaltschaft Dresden ging am 16. Juli diesen Jahres gegen die neonazistische Vereinigung „Hammerskins“ vor. In Sachsen, Berlin, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden mehr als 40 Wohnungen durchsucht. Anlass für die seit einem Jahr laufenden Ermittlungen war der Verdacht auf illegalen Handel mit CDs verbotener extrem rechter Bands. Den 29 verdächtigen Personen, gegen die sich die Durchsuchungen gerichtet haben, wird die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Die Ausbeute der Durchsuchung - T-Shirts, CDs, eine Schreckschusswaffe und ein Luftgewehr - sind für eine militante Neonaziorganisation wie die „Hammerskins“ mehr als dürftig. Parallelen zu den erfolglosen Durchsuchungen im Zuge des Verbotes von „Blood & Honour“ sind auffällig. Damals wurde bekannt, dass Informanten des Verfassungsschutzes in der Organisation vor der Maßnahme gewarnt wurden. Dies könnte auch bei den Durchsuchungen der „Hammerskin“-Mitglieder der Fall sein - wurde doch inzwischen bekannt, dass auch der „Hammerskin“-Anführer Mirko Hesse schon seit längerem für den Verfassungsschutz arbeitet.

Neonazi-Thüringentag in Jena

Für den 1. Juni diesen Jahres mobilisierten die neofaschistische „Jugend für Jena“ und die NPD Jena seit Monaten zum „1. Thüringentag der nationalen Jugend“. 100 bis 150 Neonazis aus ganz Deutschland folgten dem Aufruf, u.a. das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW), die „Kameradschaft Karlsruhe“ und „Ostara“, der „Club 88“ aus Neumünster, der „Märkische Heimatschutz“, die „Deutsche Volksgemeinschaft“, der „Nationale Widerstand Jena“ und der „Nationale Widerstand Franken“. Als Redner traten u.a. Frank Schwerdt und Peter Borchert, Patrick Wieschke (NSAW) und Gerd Ittner (Nürnberg) sowie Christian Kaiser auf - Letztgenannter der vorbestrafte Sprecher der „Jugend für Jena“.Ursprünglich für das Stadtzentrum angemeldet, wurde die Veranstaltung nur für einen besseren Hinterhof genehmigt. „Das gesamte Gebiet [...] [war] an diesem Tag national befreit [...]. Wir konnten unsere Kultur ausleben, neue Kontakte untereinander knüpfen und uns einen schönen Tag unter Kameraden machen“, so das Fazit der Veranstalter. Für alle potentiellen GegendemonstrantInnen hagelte es bereits vor Beginn Platzverweise und Festnahmen. Im Zentrum der Forderungen der Neonazis: ein nationales Jugendzentrum nach Zittauer Vorbild auch für Jena. Dies, so versichern nahezu alle LokalpolitikerInnen, wird es nicht geben - wohl aber gehören Neonazi-Demonstrationen mehr und mehr zum Alltag.



Neonazis feiern ihre „befreite Zone“

Die V-Mann-Falle

Seit dem 4. August diesen Jahres stehen in Dresden sieben Mitglieder der „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) wegen Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor Gericht. Die Verteidigung stellte gleich zu Beginn die Frage, die seit einigen Monaten immer wieder für Gesprächsstoff sorgt: Inwieweit war der Verfassungsschutz am Aufbau extrem rechter Strukturen beteiligt?

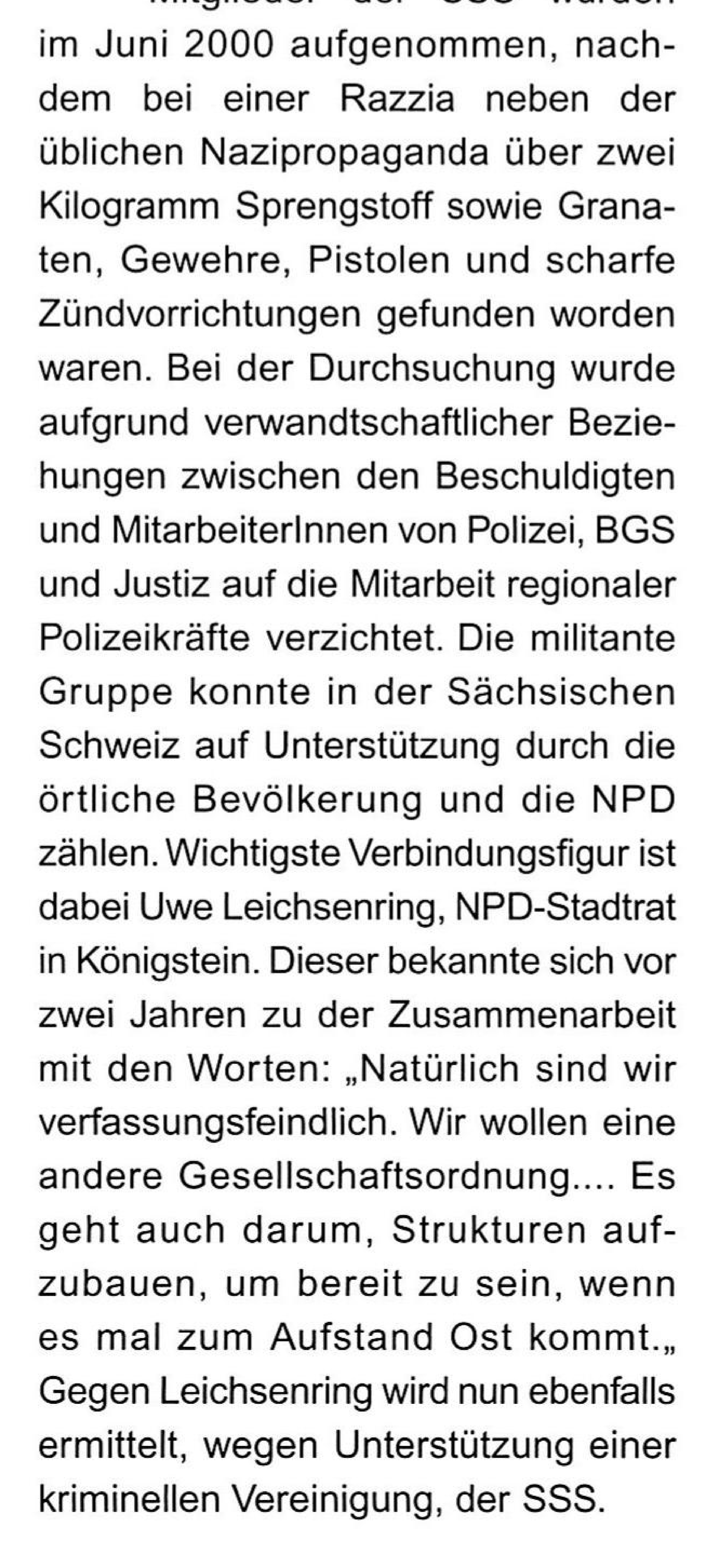
von Kathrin Klever

Neben der NPD, „Blood & Honour“ und der Neonaziband „Landser“ gehören nun auch die „Hammerskins“ zu den extrem rechten Organisationen, in deren (Führungs-) Struktur Informanten des Verfassungsschutzes zu finden waren. Mirko Hesse, Betreiber der Firma „H.A. Records“ und Führungsfigur der deutschen „Hammerskins“, wurde unlängst als Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz geoutet. Hesse hatte bereits Anfang der 1990er Jahre zusammen mit Thomas Sattelberg Wehrsportübungen der örtlichen „Wikingjugend“ organisiert. Sattelberg, Frontmann der rechtsextremen Skinheadband „14 Nothelfer“ und Gründungsmitglied der SSS, gehörte zuletzt dem Kreisvorstand der „NPD-Sächsische Schweiz“ an.


Uwe Leichsenring

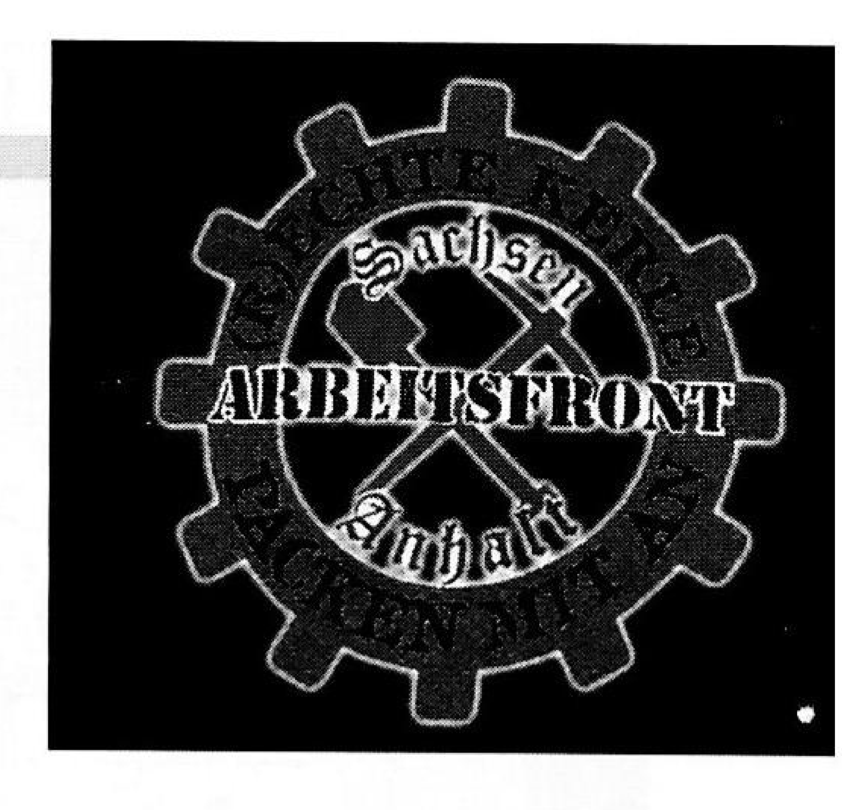
Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als wahrscheinlich, dass auch die SSS V-Leute in ihren Reihen hatte. Der Vorsitzende Richter der Staatsschutzkammer, Maciejewski, bekam auf seine Anfrage bei der Behörde nach einer Informantentätigkeit der Zeugen und Angeklagten keine Antwort. Das sächsische Innenministerium hat eine Sperre verfügt, um „die Möglichkeiten der Arbeit des VS nicht zu gefährden“. Aber welchen Zweck verfolgt der VS mit dem Führen von V-Leuten, wenn daraus gewonnene Erkenntnisse in einem Prozess nicht verwendet werden dürfen? Nach Meinung des Verteidigers Carsten Schrank aus Berlin können die Angeklagten nicht wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt werden, wenn die Mitwirkung des Staates an dieser Vereinigung nicht offenbart werde. Damit unterstellt er, dass die SSS ohne das Zutun der V-Leute nicht zu der militanten Organisation geworden wäre, die sie heute ist. Seinem Antrag, das Verfahren aus diesem Grund einzustellen, schlossen sich bis auf einen alle Verteidiger an. Eine Einstellung dieses Prozesses hätte auch direkten Einfluss auf das laufende NPD-Verbotsverfahren. In den Anträgen für das Verbot spielt auch die enge Kooperation zwischen der SSS und der NPD eine Rolle.

Die Ermittlungen gegen die Mitglieder der SSS wurden



im Juni 2000 aufgenommen, nachdem bei einer Razzia neben der üblichen Nazipropaganda über zwei Kilogramm Sprengstoff sowie Granaten, Gewehre, Pistolen und scharfe Zündvorrichtungen gefunden worden waren. Bei der Durchsuchung wurde aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen zwischen den Beschuldigten und MitarbeiterInnen von Polizei, BGS und Justiz auf die Mitarbeit regionaler Polizeikräfte verzichtet. Die militante Gruppe konnte in der Sächsischen Schweiz auf Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung und die NPD zählen. Wichtigste Verbindungsfigur ist dabei Uwe Leichsenring, NPD-Stadtrat in Königstein. Dieser bekannte sich vor zwei Jahren zu der Zusammenarbeit mit den Worten: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung.... Es geht auch darum, Strukturen aufzubauen, um bereit zu sein, wenn es mal zum Aufstand Ost kommt.„ Gegen Leichsenring wird nun ebenfalls ermittelt, wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, der SSS.

Rechter Sound und Anti-Antifa



Mit neuen Internetplattformen, Konzerten und mehreren Demonstrationen will die Kameradschaftsszene Sachsen-Anhalts seit einigen Monaten ihre Binnenstrukturen stärken und politisch in die Offensive gelangen.

von Christian Grünert & Mariella Schwertmüller

Ende März diesen Jahres gab es für die Fans rechter Musik in der Region einen besonderen Ohrenschmaus. In einer Magdeburger Lokalität trat im Rahmen eines Konzerts mit der Band „Nemesis" der Ex-„Skrewdriver" Gitarrist Stigger mit der Balladenversion bekannter Songs auf. Die Neonazi-Page „nationaler Beobachter" aus Halle/ Saale vermeldete nicht ohne Stolz, dass es offensichtlich gelungen sei, die Behörden über den Konzertort im Unklaren zu lassen. Bedauerlicher Nebeneffekt: nicht allzu viele Kameraden erfuhren rechtzeitig von dem Musikevent. Doch das Konzert mit Stigger blieb nicht das einzige der Saison. So fand Ende Juni in Uftrungen bei Sangerhausen ein Konzert statt, deren ca. 500 Besucher u.a. die belgische Rechtsrockband „Brigade M" feierten. Erst als das Konzert beendet war, traf die Polizei ein. Auf eine parlamentarische Anfrage des PDS-Landtagsabgeordneten Höhn, warum man nicht das generelle Verbot rechter Konzerte durch das Innenministerium durchgesetzt habe, wurde von Seiten der Landesregierung geantwortet, man habe zu spät von dem Konzert erfahren. AntifaschistInnen der Region halten diese Aussage für unglaubwürdig. Denn schon wenige Tage später fand in der Nähe von Magdeburg das nächste Konzert statt. Diesmal spielten „Vae Victis" und „Confident of Victory" vor exklusivem Publikum der Hallenser und Magdeburger Neonazis.

Die Kameradschaftsszene des Landes beließ es allerdings nicht bei der konspirativen Organisation von Konzerten. Die von der „Kameradschaft Köthen/ Anhalt" betreute regionale Internetplattform „aktion mitte" veröffentlichte einen Text in dem u.a. der Verein „Miteinander e.V." denunziert wurde. Dieser hatte in den letzten Jahren eine offensive Bildungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus betrieben. Den Duktus des Koalitionsvertrages der neuen CDU/ FDP-Landesregierung aufnehmend, warfen die Neonazis dem Verein einseitige politische Bildungsarbeit vor und verleumdetet seine Mitarbeiter als Straftäter. Der „Nationale Beobachter" Halle /Saale ging noch einen Schritt weiter. Dort wurde zur Sammlung persönlicher Daten von politischen Gegnern und zu Aktionen gegen diese aufgerufen. Konkret wurden die Namen und Arbeitsorte von AntifaschistInnen der Stadt samt Charakterisierung ihrer Person genannt.



Kameradschaft Halle/Saale in Leipzig im August 2002

Dem war ein bisher ungeklärter Anschlag auf die Magdeburger Gaststätte „Zum deutschen Reinheitsgebot" vorausgegangen. Die im Besitz des ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden Matthias Güttler befindliche Gaststätte ist seit Jahren Treffpunkt der regionalen rechten Szene. Hier fanden Schulungs- und Kameradschaftsabende statt. Den Anschlag schrieben die Neonazis wahlweise „der Antifa" bzw. dem Verfassungsschutz zu. Bei ihren Ermittlungen zieht die Polizei auch eine versuchte Irreführung der Ermittler durch die an der Aussenmauer des Gebäudes angebrachte Parole „Antifa heizst Angriff" (Rechtschreibung im Original) in Betracht. Als in zeitlicher Nähe zu dem Anschlag auf das „Reinheitsgebot" zwei linke Jugendzentren in Halle und Gardelegen mit Brandflaschen attackiert wurden, strickten die Neonazis die Verschwörungstheorie, Staat und Antifa begingen in enger Abstimmung Anschläge um eine angeblich nicht vorhandene rechte Gefahr zu evozieren. Der Brandanschlag auf den interkulturellen Jugendtreffpunkt in Gardelegen hingegen hatte handfeste Folgen. Das Gebäude brannte komplett aus. Damit fällt in der Region Altmark, die seit Jahren als Hochburg rechter Aktivitäten gilt, der einzigartige Treffpunkt für MigrantInnen und alternative Jugendliche der Gegend weg. Mutmaßlich geht dieser Anschlag auf das Konto der lokalen rechten Szene. Augenzeugen berichten, wenige Wochen vor dem Anschlag seien regional bekannte Neonazis im Club aufgetaucht, um die Örtlichkeit zu erkunden. Ein zweiter Anschlag richtete sich gegen das alternative Jugendprojekt Reilstrasse 78 in Halle/ Saale. Nur durch die Umsicht der Besucher des Hauses konnte ein Brand verhindert werden. Auch hier ist die Täterschaft ungeklärt. Ein Angriff aus der rechten Szene lässt sich jedoch nicht ausschließen. Immer wieder hatten rechte Skinheads Bewohner des Hauses provoziert. In dessen Räumlichkeiten hat auch die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt ihren Sitz.

Seit diesen Ereignissen versucht die rechte Szene des Landes sich als verfolgte Unschuld der Behörden und antifaschistischer Gruppen darzustellen. Auf mehreren Aufmärschen in Bitterfeld, Magdeburg und Gardelegen agitierte das Kameradschaftsnetzwerk „gegen den linken Terror" und beschwor die Angst der Bürger vor „gewaltbereiten Chaoten". Ihr eigene Friedfertigkeit stellten die Neonazis im Vorfeld des Aufmarsches in Gardelegen unter Beweis. Als die Polizei mit der lokalen rechten Szene über eine Spontanaktion verhandeln wollte, wurde die Beamten mit Holzlatten angegriffen und verletzt.

Heidnisch-rechtes Fanzine

Im Juli diesen Jahres erschien die fünfte Ausgabe des von Peter Wrozella aus Weddingstedt herausgegebenen Fanzines „Minutum Mundum" („Die kleine Welt"). In dem 1999 erstmals veröffentlichten Heft werden vornehmlich Bands aus dem Bereich des NS-Black-Metal wie beispielsweise „Bilskirnir" (Stockstadt), „Spear of Longinus" (Australien) oder „Capricornus" (Polen) interviewt. Darüber hinaus werden in dem Magazin aber auch Gruppen aus dem Spektrum des Ambient/Industrial wie beispielsweise „Kaeltelust" (Hamburg) oder „Werewolf Castle" (Hannover) der Leserschaft vorgestellt. Das verbindende Element zwischen den verschiedenen Genres ist deren jeweilige okkult-spirituelle bzw. heidnische Ausrichtung, die dem Konzept der Zeitung entspricht. Wenn auch zeitweilig religiös-esoterisch verbrämt, so handelt es sich beim „Minutum Mundum" doch um ein extrem rechtes Elaborat.

„Vorbildfunktion für Jugendliche"



Auch in der bundesdeutschen Techno-Szene gibt es eine nicht geringe Zahl von Personen mit rechten Einstellungen. In der Techno-Subkultur Gabber werden vermeintlich links oder nicht-deutsch aussehende Personen z.T. nicht auf Partys geduldet, Techno-Labelkleidungsstücke sind bei NPD-Demonstrationen zu sehen, es gibt DJs mit Namen wie „Whipo" - als Abkürzung von „White Power". Doch diese Tendenzen werden innerhalb der Techno-Szene nicht von allen hingenommen. Im August 2000 verschickte das neugegründete Projekt „No historical backspin" (NHB) einen Aufruf innerhalb der Szene, sich in einer Namensliste auf der Homepage „www.nobackspin.de" einzutragen und so ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu setzen. Über die Initiative, die Techno-Parties gegen Rechts veranstaltet und antirassistische Organisationen unterstützt, sprach die Zeitschrift Der Rechte Rand mit der Techno-DJ Monika Kruse, die zu den GründerInnen von NHB gehört.

Das Interview für die Zeitschrift Der Rechte Rand führte Ole Held.

Der Rechte Rand: Durch Anzeigen wurde in Szenemagazinen in breiter Form auf die Initiative NHB aufmerksam gemacht. Was war das Motiv für die Gründung von NHB und was habt ihr bisher unternommen?

Monika Kruse: Noch immer gehören Meldungen über Ausländerfeindlichkeit zum Alltag. Die Welle der Gewalt gegen ausländische Mitbürger reißt nicht ab. Jeder hat die Verantwortung, Position gegen Rassismus zu beziehen. Da wir der Meinung sind, dass viele DJs und Produzenten eine Art Vorbildfunktion für Jugendliche ausüben, haben wir uns dazu entschlossen, die Initiative „No historical backspin„ ins Leben zu rufen.

Wir haben bisher NHB-Aufkleber gedruckt, NHB-T-Shirts hergestellt und verkauft und eine große Clubtour organisiert.

DRR: Wie viel habt ihr mit den Partys, dem Merchandising usw. eingenommen und an wen habt ihr die Gelder gespendet?

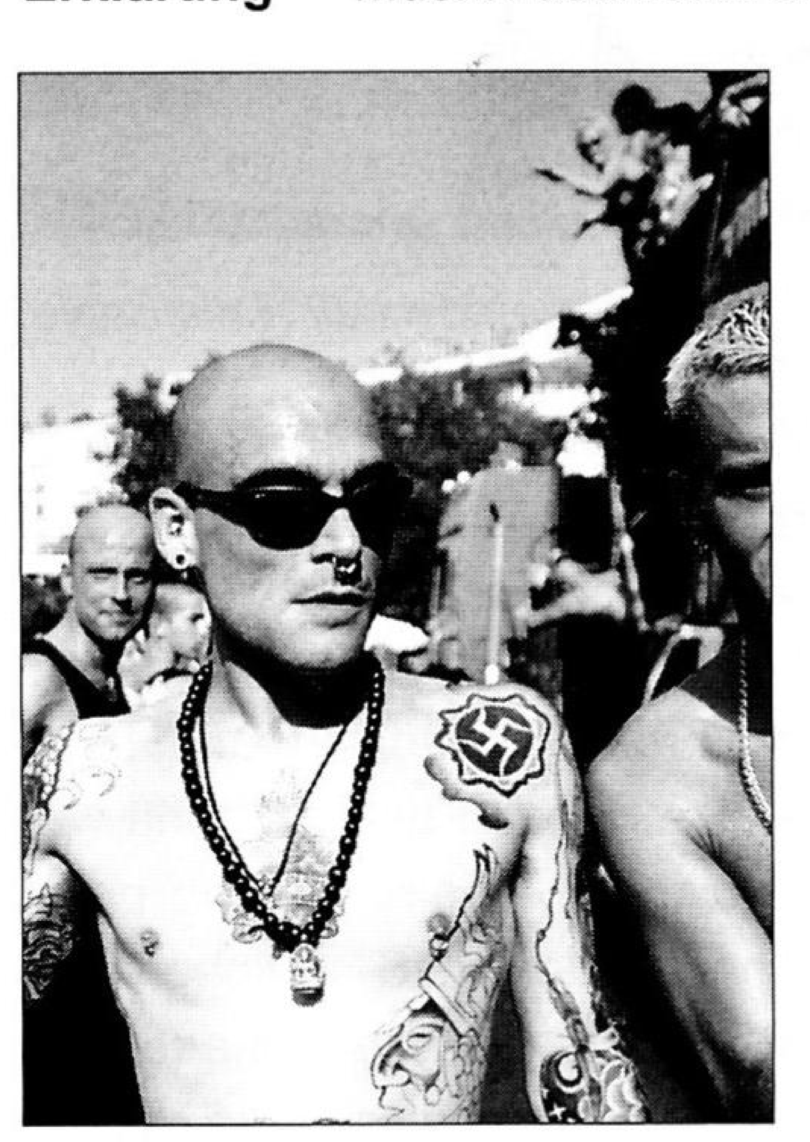
M.K.: Eingenommen ist das falsche Wort, denn es wurde alles sofort an die „Amadeu-Antonio-Stiftung" weitergeleitet, und somit kamen im letzten Jahr über 81.000 Mark zusammen.

DRR: Auf seiner Homepage ruft NHB dazu auf, selbst Techno-Partys gegen Rassismus zu veranstalten und die Erlöse an Initiativen gegen Rassismus zu spenden. Wie kommt das Projekt NHB in der Techno-Szene an - gerade vor dem Hintergrund, dass in der Szene rechtsextreme Einstellungen unter RaverInnen teilweise abgestritten werden?

M.K.: Natürlich gibt es auch Kritik. Einige DJs wie z.B.Westbam wollen die Sache nicht unterstützen, aus verschiedenen Gründen. Manchmal hört man als Grund, dass er/sie sich nicht politisch einspannen lassen möchte, was sie aber komischerweise doch machen, wenn es an dem Abend Geld gibt. Bei Einigen merkt man aber auch, dass sie sogar Angst haben, sich politisch zu äussern - sei es, weil sie fürchten, auf Parties angegriffen zu werden, oder sei es eben, weil sie fürchten, Fans zu verlieren.

Aber wir haben überwiegend positive Resonanz und das bestärkt mich/uns immer wieder weiterzumachen.

DRR: Techno ist von seinem Ursprung her eine global ausgerichtete Musik, mit vielfältigen, quasi multikulturellen Einflüssen, vor allem aus so genannter schwarzer Musik wie Disco und Chicago-House. Hast du eine Erklärung dafür, warum Techno heute attraktiv für Personen mit rechten Einstellungen sein kann?

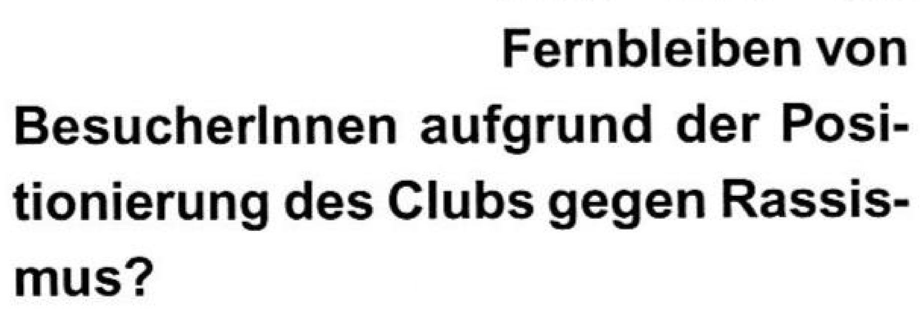


M.K.: Techno ist mitlerweile mainstream geworden. Techno wird von einer breit gefächerten Masse gehört, mit jeder politischen Ausrichtung. Viele Raver fragen aber auch nicht mehr nach dem Backround der Musik, sie beschäftigen sich nicht mit den Wurzeln.

DRR: Als Gründe, warum Techno auch von Rechten angenommen wird, werden in Analyseversuchen häufiger das „ekstatische Massengefühl" und der „Rausch der Gemeinschaft" genannt, manchmal auch, dass der stampfende, monotone Beat einem Marschrhythmus ähnele und sich die TänzerInnen diesem völlig unterwürfen. Dies ziehe Neofaschisten an. Was hältst du von diesen Erklärungsansätzen?

M.K.: Ich halte diese Analyse für übertrieben. Schunkeln auf einer Volksfestveranstaltung erzeugt genauso ein Gemeinschaftsgefühl wie das kollektive Gekreische bei Teeniebands wie den „backstreetboys" oder „Bro sis". Demnach wären ja alle Veranstaltungen, die Massen anzögen und einen Rausch erzeugten, dazu geeignet, Faschisten anzuziehen. Ich denke, dass jede Form von Musik Faschisten erreicht, sei es Klassik, Volksmusik, Schlager, Pop oder Techno.

DRR: Weisst du, ob es für einen Club, in dem eine eurer Partys stattgefunden hatte, danach negative Konsequenzen gab, etwa Übergriffe von Rechtsextremen oder ein Fernbleiben von



BesucherInnen aufgrund der Positionierung des Clubs gegen Rassismus?

M.K.: Nein. Aber es gab Clubs im Osten, die aus diesem Grund keine NHB-Party durchführen wollten.

DRR: Glaubst du, dass es ausreicht, Techno-Partys unter dem Label „Gegen Rassismus" zu veranstalten, um rechte Einstellungen bei SzeneanhängerInnen verändern zu können?

M.K.: Nein. Aber man kann zum Nachdenken anregen. Vielleicht kann man noch ein paar Mitläufer überzeugen, an die Hardliner werden wir wohl nie rankommen.

Breitere Plattform

Nicht erst die „Orkus-Herbstnächte 2001" im sächsischen Glauchau boten extrem rechten Neofolkbands Zugang zu einem größeren und heterogeneren Publikum. Bereits mit dem Auftreten bei den „Wave & Gotik-Treffen" der letzten drei Jahre in Leipzig wurde dies unter Beweis gestellt.

von Peter Conrady & Annelies Senf

Neu hingegen ist die Etablierung solcher Bands durch in steter Kontinuität regional stattfindende Konzerte. So konnten bei der u. a. durch das ehemalige „LAS e. V."-Mitglied Ronny Scheiding aus Dresden mitorganisierten Veranstaltung „Götterdämmerung II" im November 2001 in Claußnitz bei Chemnitz die Bands „Camerata Mediolanense", „Aurum Nostrum" und „Darkwood" ein heterogenes Publikum mit ihrem ästhetischen Habitus des Macht- und Eliteanspruchs faszinieren. Eine offenkundige Fortsetzung fand dies beim „Flammenzauber II" der rechten Neofolk-Homepage „Lichttaufe" im Januar diesen Jahres in der thüringischen Wasserburg Heldrungen und der „Götterdämmerung III" im sächsischen Marbach bei Chemnitz. In Heldrungen wurde der Auftritt u. a. von „Backworld" verbunden mit der Vorstellung des Buches „Hermann Hendrich - Leben und Werk". Bei der „Götterdämmerung III" Ende März diesen Jahres spielten die ungarische Neofolkband „Scivias" und „Der Blutharsch".

Die Wahl der Veranstaltungsorte ist kein Zufall. Lassen sich doch in Thüringen und Sachsen neben einer besonders großen und breit gefächerten Klientel auch einige der einschlägigen Veranstalter antreffen. Nachdem sich die Durchführung von Neofolkkonzerte in den alten Bundesländern als schwierig erwiesen hatte, konzentrierten sich die VeranstalterInnen auf jenen Raum: Im Jahre 2000 fiel in Kassel das „Thaglasz"-Konzert infolge eines Streikes der Belegschaft aus und in Nürnberg wurde das „Ostara"-Konzert verhindert.

Einher mit der Etablierung der extrem rechten Neofolkkonzerte geht eine fortschreitende Radikalisierung der Szene. Die antifaschistische Initiative „schwarz-braunes-dresden", die seit Mitte letzten Jahres in Sachsen aktiv ist, beobachtet diese sowohl im konkreten Konzertgeschehen, als auch anhand des Organisierungsgrads der Neofolk-Szene.

Nachdem es aufgrund des Wirkens der Initiative gelungen war, dass einige Konzerte verlegt bzw. abgesagt werden mussten, ging die Szene zu einem fast völlig konspirativen Organisieren der Konzerte über. Dies verläuft ähnlich der Durchführung rechtsextremer Skinheadkonzerte. Neben einem Schleusungspunkt werden Kontaktnummern angegeben, über die die Anreisenden erst kurz vor Beginn über den eigentlichen Konzertort informiert werden.

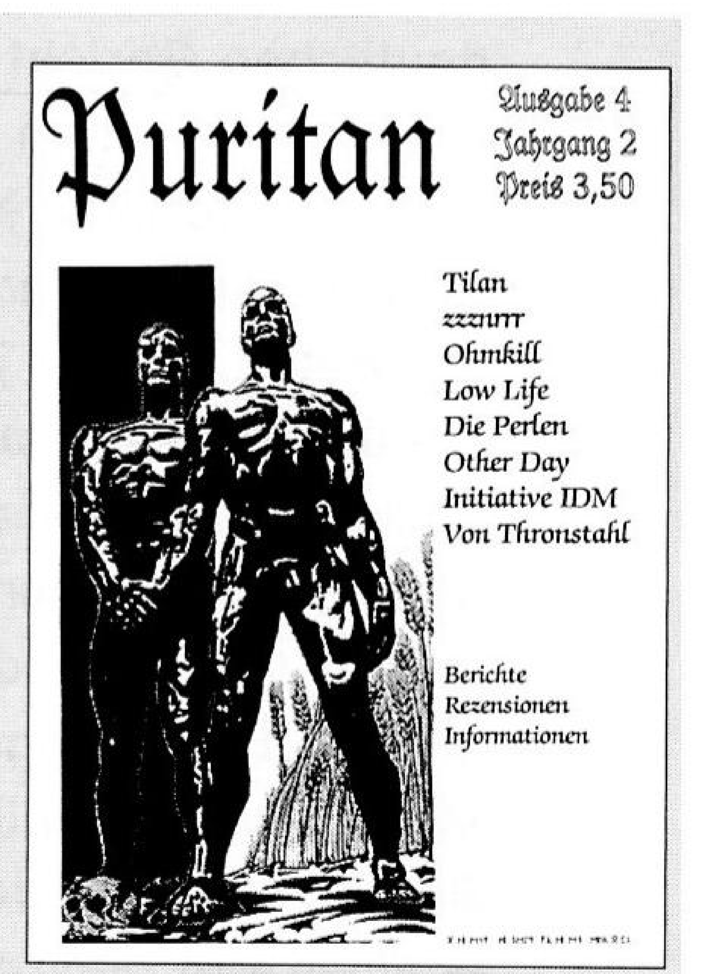
Hierbei spielt sicherlich eine Rolle, dass einige der Protagonisten einschlägige Erfahrungen aus der Neonazi-Skinheadszene mitbringen. So u.a. Christian Kapke, Macher der Homepage „Lichttaufe" und ehemaliger Aktivist der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen". Zudem ist Kapkes Bruder Andre führendes Mitglied des „Thüringer Heimatschutz". Es sind aber noch mehr Verbindungen zwischen der extrem rechten Neofolk-Szene und organisierten Neonazis festzustellen. Ein gelegentlicher Konzertbesucher ist Jürgen W. Gansel, Autor in diversen „neurechten" bis neonazistischen Publikationen und Beisitzer im NPD-Bundesvorstand.

Auch wenn der weitaus größere Teil der Grufti-Szene durch seine Passivität und seine offensichtliche Affinität zu einem faschistoiden und menschenverachtenden Habitus auffällt, gibt es durchaus Gegenwind. Die Initiative „schwarz-braunes-dresden" versucht durch Öffentlichkeitsarbeit seit Mitte letzten Jahres, eine weitere Ausbreitung der extrem rechten Neofolk-Szene zu verhindern. Und das mit einigem Erfolg. So musste nicht nur die „Götterdämmerung III" verlegt werden, weil dem Veranstalter am eigentlichen Auftrittsort eine Absage erteilt wurde. Auch das Ende April geplante „Death in June"-Konzert musste nach Bekanntwerden des geplanten Veranstaltungsortes verlegt werden. An der Organisation beider Konzerte war der „LAS e.V. Dresden" beteiligt. In Chemnitz wurde der geplante Auftritt der extrem rechten Band „The Days of The Trumpet Call" vom Ordnungsamt untersagt, nachdem dieses von der Initiative über die Hintergründe informiert worden war.

Festzustellen ist, dass die faschistoide Ästhetik dieses Musikgenres durch bessere Zugangsmöglichkeiten zu extrem rechten Neofolkkonzerten eine breitere Plattform gefunden hat. Neofolk und „Cultural Terrorism" sind nicht mehr nur der Ausdruck einer sich selbst als Elite begreifenden Minderheit. Der Trend der Aufweichung des Innercircle der festen Fangemeinschaft setzt sich vor allem in Sachsen verstärkt fort. Eine breitere Integration in die akzeptierte Dark Wave-Szene hat stattgefunden.

Neu bei idm: „Puritan"

von Bob Andrews



Seit Ende 2001 gehört das Dark-Wave-Magazin „Puritan" aus Ostwestfalen neben dem RechtsRock-Fanzine „Der Ruf nach Freiheit" zum Unterstützerkreis der Inititiative „Identität durch Musik" (idm). Auch auf der idm-homepage präsentiert das Heft Rezensionen und Interviews mit Bands des Genres. Während die beiden Herausgeber Michael Sass und Christian Becker in den ersten zwei Ausgaben noch die rechten Bands der Szene aussparten, interviewte Sass für das dritte Heft bereits die Bands „Darkwood" und „Wappenbund" sowie das Label „Mjölnir Tonkunst". Dafür scheinen die Herausgeber aus der Leserschaft kritisiert worden zu sein, denn im Vorwort der vierten Ausgaben schrieben sie: „Wir vertreten kein bestimmtes politisches Weltbild, wir machen uns zwar unsere Gedanken [...], wollen jedoch keine Partei ergreifen." Doch entgegen dieses Anspruchs begann das Magazin mit dieser Ausgabe, die extrem rechte Initiative idm offen zu unterstützen. In einem von Michael Sass geführten Interview mit Kay Bunn, Mitinitiator von idm und ehemaliger Schlagzeuger der RechtsRock-Band „Noie Werte", verklärt dieser idm als offenes Forum für alle Stilrichtungen und umgarnt die Leser: „Wir bieten an, frei von Szenekonventionen gemeinsam für etwas Gutes einzutreten. Inhalte zählen, nicht Äußerlichkeiten!"

Vor einigen Wochen erschien die fünfte Ausgabe des „Puritan", das nun mehr von Michael Sass und Hendrik Stiewe erstellt wird. Stiewe, der den ausgeschiedenen Christian Becker ersetzt, preist in der Rubrik Rezensionen Tonträger von NS-Black-Metal-Bands wie „Absurd", „Totenburg", „Aryan Blood" und „Eisenwinter", sowie die neonazistische griechische Hate-Core-Band „Iron Youth" an. Mit dem personellen Neuzugang ist das „Puritan" wohl endgültig in der extremen Rechten angekommen.

Völkischer Wohntraum

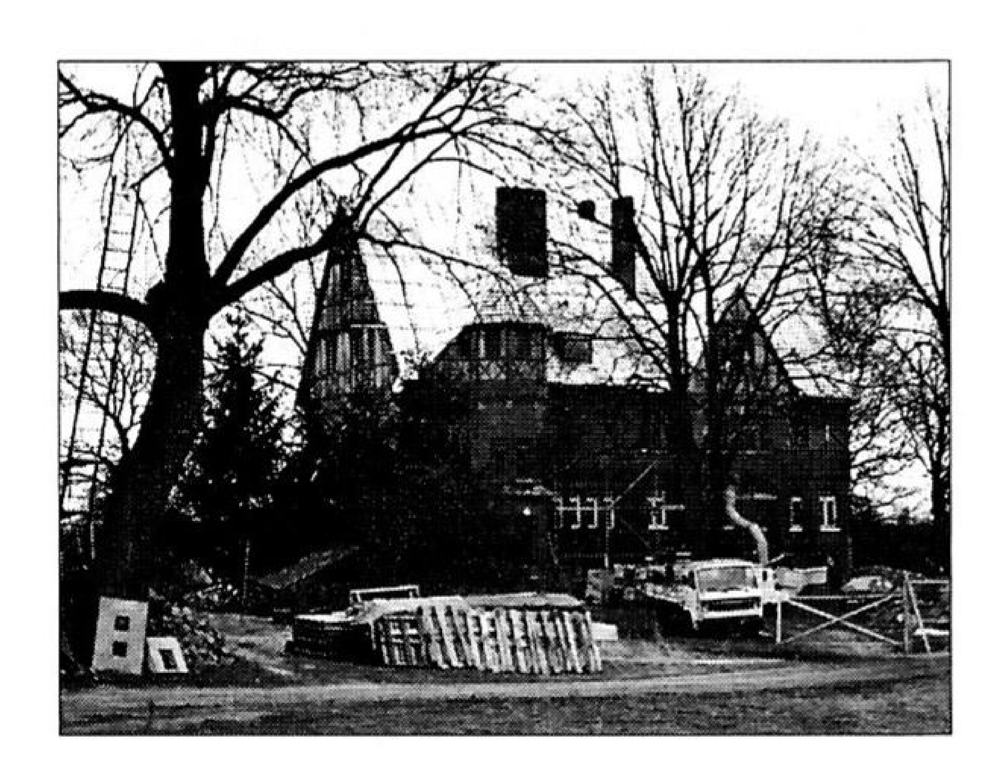
Plötzlich hat der mecklenburgische Verfassungsschutz die Gegend um Ludwigslust als eines „unserer Sorgenkinder" entdeckt. Der Sprecher des Schweriner Innenministeriums warnte jüngst davor, dass der Südwesten Mecklenburgs zu einem Sammelpunkt rechtsextremer Aktivisten geworden sei. SPD-Innenminister Gottfried Timm stufte die Lage gar als „gefährlich" ein.

von Andrea Röpke

Antifaschisten und Medien warnten aber nicht erst seit den jüngsten Neonazi-Demonstrationen, NPD-Parteitagen, Überfällen auf Ausländer und Schändungen von KZ-Gedenkstätten vor den Plänen und Aktivitäten der von Westen nach Osten umziehenden Freien Kameradschaftsanhänger um Kader Thomas Wulff aus Hamburg. Seit 1998 hatten sich auch u.a. Michael Grewe, Markus Privenau, Tanja Bayen, Thorsten Bärthel und Jürgen Witt günstige Höfe und Mehrfamilienhäuser in den Landkreisen Boizenburg und Ludwigslust gekauft. Medienwarnungen über Wulffs mögliche politische Pläne, sein Gutshaus in Amholz in ein Schulungszentrum auszubauen, verwarfen Verfassungsschützer bislang höhnisch auf ihren Internetseiten: „u.a. wird der Eindruck erweckt, es könnte hier bereits in Kürze ein - einer früheren Stätte im niedersächsischen Hetendorf vergleichbares - rechtsextremistisches Tagungs- und Schulungszentrum entstehen". Diese Informationen seien durch deren Erkenntnisse „nicht gedeckt". Nun also der Wandel. Das NDR-Regionalfernsehen zitierte im Juni diesen Jahres: „Laut Verfassungsschutz versuchen Aktivisten seit längerem „Gut Amholz" in der Nähe von Boizenburg als Tagungs- und Schulungszentrum auszubauen."

Jetzt, da sich eine große Gruppe führender Neonazis im Südwesten des Bundeslandes längst niedergelassen hat und mitten im Aufbau nationaler Infrastrukturen steckt, hat auch das Innenministerium endlich die Gefahr erkannt und will, relativ hilflos wie es scheint, mit einer Verschärfung des Versammlungsrechts reagieren. Dabei gab es in den letzten Jahren immer wieder Hinweise darauf, dass sich siedlungswillige rechte Strategen Eigentum schaffen und lokale Strukturen errichten wollen. Besonders verlockend sind dabei die Immobilien im Osten der Bundesrepublik. Der führende Hamburger Neonazi Christian Worch begründete dies vor laufender Kamera mit der relativ großen Akzeptanz in der Bevölkerung und den billigen Gebäudepreisen. So kaufte sich der vorbestrafte Northeimer Kameradschaftsführer Thorsten Heise bereits vor einiger Zeit unter dem Namen seiner Frau ein großzügiges Herrenhaus in Fretterode, an der thüringischen Grenze zu Hessen und Niedersachsen. Im Gegensatz zu ihm macht ein anderer Hauskäufer keinen Hehl daraus, dass sein neuerworbener und teilsanierter Gasthof im sächsischen Gränitz zu einem „Deutschen Haus" mit Schulungs- und Veranstaltungsmöglichkeiten heranreifen soll: der verstoßene NPD-Chef Günter Deckert. Beide Hauskäufer bemühen sich jedoch um eine Eingliederung in die örtlichen Dorfstrukturen. So umwarb Deckert den Chef der Freiwilligen Feuerwehr mit dem Angebot, für ein geplantes Sommerfest die WC-Anlagen seines Hauses und eine Wiese zur Verfügung zu stellen - „gegen eine Gebühr" versteht sich.

Weiter heißt es in Deckerts Schreiben: „Da ich bislang nur Kosten habe, die nicht gerade unerheblich sind, würden wir gerne bei diesem Fest (...) einen „Biergarten mit Gegrilltem" anbieten". Aus dem Biergarten wurde bisher nichts. Die neuen teuren Fenster und Türen sind mit schweren Holzplatten verbarrikadiert und bis Deckert nicht „ein schlüssiges Nutzungskonzept" vorlegt, darf er erst einmal nicht weitersanieren.







S. 12 v. o.:
Amholz, Fretterode, Gränitz;

S.13 v. o.:
Trebnitz, Jena, Hameln, Elmstein

In das ehrgeizigste Immobilienprojekt der Neonazis, „Schloss Trebnitz" im Landkreis Bernburg bei Halle, scheint dagegen Bewegung zu kommen. Überraschend wurde die Bauanfrage nach Monaten doch bezahlt. Schlossbetreiber Steffen Hupka kann sich nun mit der Architektin aus Dresden an die Arbeit machen. Lange genug hatte er in der Szene herumgetrommelt, nach arbeitswilligen Handwerkern gesucht. Inzwischen soll auch wieder dringend benötigtes Geld geflossen sein. Woher die rund 50.000 Euro für den Kauf stammen, ist bisher ungeklärt. Experten schätzten die Sanierungskosten auf 1-2 Millionen Euro. Weder NPD-Käufer Uwe Meenen aus Würzburg noch Hupka sollen über solche Summen verfügen.

Als der „Stern" im Mai diesen Jahres über die Pläne der Neonazis in Sachsen-Anhalt berichtete, reagierte das damalige SPD-geführte Innenministerium in Magdeburg ungewöhnlich. Sofort wurde das Wissen über langfristige Pläne der Rechten für ein „Nationales Zentrum Mitteldeutschland" offenbart. Kein Leugnen, keine Relativierung. Die örtlichen Kommunen jedoch rechtzeitig über den politischen Hintergrund der neuen Käufer und Nutzer aufzuklären wurde versäumt. Der Kauf hätte rückgängig gemacht werden können, „zum Zeitpunkt der Warnung aus Magdeburg war es bereits zu spät", so der Rechtsanwalt des Landratsamtes in Bernburg, Rainer Hachfeld. Auch für viele Trebnitzer Anwohner kommt die Warnung inzwischen zu spät. Hupka und Co. waren schneller: längst haben sie Kontakte im Dorf geschlossen. Ob dort ein braunes Schulungszentrum entsteht, ist vielen völlig egal, ihnen scheinen die „netten Bengel", die das 1630 erbaute, denkmalgeschützte Schloss wieder in Gang bringen, zu gefallen. Akzeptanz als Teil des Konzeptes zur Schaffung „national befreiter Zonen" - in Trebnitz scheint die Strategie leider aufzugehen. Mit dem Immobilienerwerb sichern sich strategisch motivierte Rechtsextreme aus dem Umfeld von „Freien Nationalisten" und NPD die persönliche Rückzugsbasis und den politischen Freiraum. Hier können rechtsextreme Veranstaltungen ungestört als Privatfeiern durchgeführt werden, ein Verbot durch die Behörden ist kaum möglich. Hier

lassen sich arglose Jugendliche rekrutieren. Hier können nationale Geschäftsideen in die Tat umgesetzt werden.

Der Ex-NPDler Stefan Zedler aus Bad Schandau soll jüngst das größte Grundstück im sächsischen Waitzdorf bei Pirna erworben haben: ein Fachwerkhaus am Waldrand im Nationalpark Sächsische Schweiz. Laut „Sächsische Zeitung" informierten die örtlichen Kommunen den Verfassungsschutz in Dresden und dieser prüft nun den „Verdacht auf eine verdeckte Aktion der NPD", wie Behördenchef Boos an den Bürgermeister schrieb. Noch prüft auch das Innenministerium, ob „geeignete Maßnahmen" in die Wege geleitet werden können, wie z.B. den Aufkauf des Grundstücks durch das Land. Diese Möglichkeit gibt es, weil das Gelände im Nationalpark liegt und der Freistaat Sachsen das Vorkaufsrecht hält. Die Frist soll Ende August diesen Jahres ablaufen. Ist sie verstrichen, kann der neue Besitzer ins Grundbuch eingetragen werden. Der Königsteiner Stadtrat und NPD-Bundesvorstand Uwe Leichsenring konterte auf Anfrage der „Sächsischen Zeitung" zum angeblichen Abschied Zedlers aus der NPD und einem Zusammenhang zwischen Immobilienerwerb und der Partei: „Wer was und wo kauft, geht die SZ nichts an!"

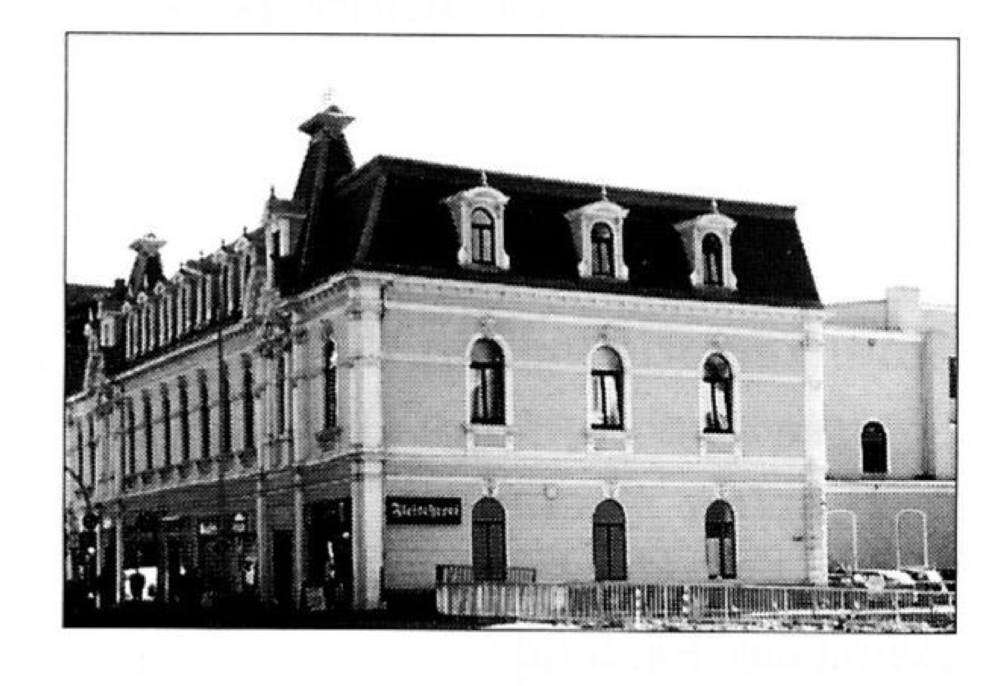
In Jena sind die Rechten nicht so zurückhaltend: Wilhelm Tell, führendes Mitglied der „Republikaner" mit guten Kontakten zum militanten „Thüringer Heimatschutz", ließ an seinem neuerworbenen vierstöckigen Haus mit weißen Lettern „Wilhelms Burg" pinseln. Auch dieses Objekt war öffentlich ausgeschrieben, der rechte Architekt soll es 2001 preisgünstig von der Städtischen Wohnungs- und Verwaltungsgesellschaft erworben haben.

Ob die nationale Jugend in Jena dadurch zu ihrem ersehnten „selbstbestimmten Jugendzentrum" nach Zittauer Vorbild kommen könnte, will der thüringische Verfassungsschutz nicht beantworten: „Das wird sich herausstellen. Wir beobachten das Ganze aufmerksam, wie bei Heise."

Im pfälzischen Naherholungsörtchen Elmstein dagegen, ist schon seit Wochen bekannt, dass die NPD dort den alten Gasthof erwerben will. 720.000 Euro habe der NPD-Funktionär Sascha Wagner für das „herrliche Stück Deutschland" geboten. 16.000 Quadratmeter groß ist das Gelände, auf









dem sich zwei Mehrfamilienhäuser, eine Bäckerei, eine Werkstatt und ein Kiosk befinden. Wagner und Co. planen auch dort ein „Freizeit- und Schulungszentrum für die deutsche Jugend", heißt es. Der Kauf ist allerdings noch nicht abgeschlossen, bisher hat sich der schwergewichtige NPDler im „Elmsteiner Hof" eingemietet. Doch am 27. Juli feierte der „Blood & Honour"-Aktivist Christian Hehl aus Ludwigshafen dort bereits ungestört eine „Geburtstagsparty" mit ca. 500 Neonazis und den beiden ultrarechten Bands „Brigade M" und „Brutal Attack".

Die interessanteste Frage aber bleibt: Woher stammt das Geld für die zahlreichen Immobilienkäufe der rechten Szene? Bei der NPD kann man Vermutungen anstellen, denn immerhin hatte die baden-württembergische Gemeinde Ehningen der NPD im vergangenen Jahr eine Villa für 2,15 Millionen Mark abgekauft, „um die Extremisten loszuwerden". Die Villa war das Erbstück zweier Schwestern und wäre im Falle eines NPD-Verbotes als Parteivermögen dem Fiskus zugefallen. Einer, der sich in Immobilien- wie auch in Erbschaftsangelegenheiten seit längerem bestens auskennt, wurde auch im Pfälzer Wald mehrfach gesichtet: der Hamburger Neonazi-Drahtzieher und Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Als der pensionierte Kripobeamte Heinz Glinz 1997 die Gastwirtschaft „Dreikönigszug" in Altenglan kaufte und dem militanten „Stahlhelm-Kampfbund für Europa", sowie der rassistischen „Artgemeinschaft" von Rieger zur Verfügung stellte, soll auch der Chef zu einem Treffen vor Ort gewesen sein. Es heißt, in Elmstein habe sich Rieger jüngst mit NPD-Mann Wagner getroffen, und auch zu Gutshof Amholz-Mitbesitzer Thomas Wulff soll er enge Kontakte pflegen. Rieger und seine vor allem mit Altnazis besetzten rechtsextremen Vereine besitzen u.a. ein schlossähnliches Gutshaus im schwedischen Sveneby, einen 4 Millionen Mark teuren Gebäudekomplex in der Hamelner Innenstadt mit Kino und Gaststätte und ein Mehrfamilienhaus in Kakenstorf bei Tostedt. Der Häuserkauf in Hameln 1999 könnte Rieger zunächst als Geldanlage dienen. Dennoch schafft er damit langfristige Strukturen, auf die er später zurückgreifen könnte. Viele Altnazis haben in der Nachkriegszeit Karriere gemacht und sind zu gewissem Reichtum gekommen. Das sind unauffällige, aber potente Spender. Aber auch CD-Handel und braune Merchandising-Geschäfte werfen inzwischen eine Menge Geld ab, das auch in Immobilien investiert werden könnte.

Die NPD wird gewiss eine Infrastruktur für die Zukunft planen, egal ob ein Verbot ausgesprochen wird oder nicht. Parteigelder über Umwege in Immobilien anzulegen kann ein sicherer Weg sein. Damit würde die Partei zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Auf die Frage nach der Herkunft des braunen Geldes wissen auch Verfassungsschutz und zuständige Ministerien anscheinend keine Antworten. Ist das möglich, trotz der hohen V-Mann-Rate innerhalb der rechten Szene? Häufig werden sie zu spät aktiv, erst dann, wenn Käufe vollzogen sind und die Presse bereits berichtet hat. Dabei könnten gerade frühzeitige Öffentlichmachungen von Kaufabsichten und die Aufdeckung dubioser Geldströme eine „nationale Landinbesitznahme" noch am ehesten verhindern.

Angriff vor Neonazi-Kneipe

Vor der Neonazi-Kneipe „Thor" in Dresden-Übigau kam es am 18. August diesen Jahres zu einem Angriff auf einen 30jährigen Mann. Bereits seit einigen Monaten betreiben Dresdner Neonazis den so genannten „Nationalen Jugendklub Thor". Hier fanden seitdem mehrere Treffen von Rechtsextremen aus verschiedenen Bundesländern statt. Die Mitbetreiber der Kneipe sind Ronny T. und Sven H., die schon seit Jahren eine wichtige Rolle in der Dresdner Neonazi-Szene spielen. Nach Informationen der antifaschistischen Initiative „Amal" sollen beide an dem Übergriff beteiligt gewesen sein. Ronny T. ist ehemaliger Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Dresden und wegen Körperverletzung vorbestraft. Er war 1998 daran beteiligt, als Neonazis eine Gruppe Jugendlicher in der Nähe von Dresden angriffen und misshandelten. Sven H. wollte für die NPD für den Bundestag kandidieren, scheiterte jedoch bei der Abgabe der Unterstützungs-Unterschriften. Er ist in der so genannten „Anti-Antifa-Arbeit" aktiv.

Waffen des Wahlkampfs

Die Radikalisierung der „Schill-Partei"

„Mit Sicherheit Schill" - nicht weniger, aber auch nicht mehr verspricht die „Partei Rechtsstaatliche Offensive" (PRO). Mit dem Erfolgsslogan aus der Hamburger Bürgerschaftswahl zieht die „Schill-Partei" nun in den Bundestagswahlkampf. Fünf Wochen vor der Wahl stellt Ronald Schill im Haus der Bundespressekonferenz die „Leitlinien zur Bundestagswahl" vor. „Ohne Anspruch auf Vollständigkeit", betont der Parteivorsitzende, „sind sie ausgearbeitet worden". Umso radikaler sind die Positionen umrissen.

von Andreas Speit

Die sich weiter fortsetzende Radikalisierung der „Schill-Partei" nach dem Beschluss, zu der Bundestagswahl 2002 anzutreten, spiegelt sich in „10. Leitlinien" wieder. Schills Feststellung, dass durch die „unkontrollierte Zuwanderung unser Wohlstand verfrühstückt" wird und Wolfgang Barth-Völkels Forderung nach einem „Gesundheitstest bei allen Zuwanderern", um die deutsche Bevölkerung vor „HIV, Tuberkulose oder Hepatitis" zu schützen, finden sich sinngemäß in den „Leitlinien". Der Wunsch des Schill-Bundestagskandidaten und Vorsitzenden des Gesundheitsausschuss der Hamburger Bürgerschaft, kranke Zuwanderer zu internieren, steht jedoch nicht in den knapp 16 Din-A-4 Seiten.

Dafür aber andere Wünsche zwischen Innere-Sicherheits-Wahn, Rechtschaffene-zuerst-Vorstellungen und Sozial-Neid. Für die „Wiederherstellung" der Inneren Sicherheit hält die Partei die Streichung des „Resozialisierungsgedankens" aus dem Strafgesetzbuch, die Einführung von „beschleunigten Verfahren" und „Schnellgerichten" für von Nöten. Eine „sichere Ausländerpolitik" bringe nur die „Streichung des Rechts auf Asyl aus dem Grundgesetz", die „Verkürzung des Asylverfahrens" und bei „internationalen Krisen (sollte) humanitäre Hilfe" vor Ort gewährleistet werden, um Fluchtbewegungen zu verhindern. Die Integrationsunwilligkeit müsse desweiteren wie die „Besserstellung von Wirtschaftsflüchtlingen" beendet werden. Um den „Terror" in Deutschland zu bekämpfen sollte der „übertriebene Datenschutz" abgeschafft, „Ausländer" bei Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" ausgewiesen und die Daten „extremistischer Ausländer ab dem 13. Lebensjahr" gespeichert werden. Damit die „Festung Europa" aber auch wirklich die Insel der Glückseligkeit für die „rechtschaffenen Bürger" wird, strebt die Partei in der EU-Politik die „Verhinderung von unkontrollierter Einwanderung" an. Außerdem solle die „deutsche Sprache" dritte „Amtssprache in der Europäischen Gemeinschaft" werden.



Voller Zuversicht erläutert Schill auf der Pressekonferenz, dass seine Partei die Fünfprozenthürde nehmen würde. „Wir werden gebraucht, weil nur mit uns nicht nur ein Kanzler-, sondern auch ein Politikwechsel möglich ist", beteuert er und verweist auf eine FAZ-Umfrage, nach der 18 Prozent die Partei wählen würden. Bisher liegt die PRO aber laut verschiedener Umfragen „bestenfalls bei 1,5 Prozent". „Wir haben auch erst jetzt mit dem Wahlkampf begonnen", erklärt Schill diese Ergebnisse. Diese Umfragen seien sowieso mit Vorsicht zu betrachten, ebenso wie die Voraussagen, dass sie nicht die Landeslisten erstellen könnten. „In 15 Bundesländern treten wir an", äußert Schill.

Doch die ersten Wahlkampfveranstaltungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern finden bisher kaum Presseresonanz. Allein die „Junge Freiheit" berichtet verstärkt wohl wollend über die „Schill-Partei". Mit deren Aufkommen träumt die Redaktion wie schon beim „Bund freier Bürger" von einer „vierten Partei" – „rechts, aber nicht rechtsradikal". Ganzseitig wirbt so auch die „Schill-Partei" in der Berliner Wochenzeitung. Sie weiß, auf wessen Stimmen sie bauen kann.

Derweil macht aber die NPD der „Schill-Partei" zu schaffen. Im Kampf um die Gunst der rechten Wähler ist der schleswig-holsteinischen NPD jedes Mittel recht. Die NPD-Funktionäre Jörn Lemke, Jürgen Gerg und Bastian Tilger traten der „Schill-Partei" bei, um ihr zu schaden. Durch eine Enttarnung ihrer Doppelmitgliedschaften hofften die Neonazis aus Lübeck der Partei ein Imageproblem verursachen zu können. Gegenüber der „taz-hamburg" bestätigte der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz-Chef Michael Wolf, dass die NPD den Schill-Landesverband zu unterwandern versuche, „um „ganz gezielt einen Wahlerfolg der Schill-Partei zu behindern". Die NPD erklärt die Doppelmitgliedschaften hingegen als ein Versuch, alle „rechten Parteien" zu vereinen. Denn zu den Bundestagswahlen würden drei Parteien aus dem rechten Spektrum – „Die Republikaner", „Schill-Partei" und NPD – antreten und sich gegenseitig im Wege stehen.

Mittlerweile seien, laut Schill-Pressesprecher Marc März, der als Student bei der extrem rechten Studentenliste „Uni-Aktiv" in Hamburg aktiv war, Ausschlussverfahren eingeleitet.

Noch immer nicht ausgeschlossen ist Günter Steinert. Der frühere Vorsitzende der FDVP - einer DVU-Abspaltung - steht auf Platz 2 der thüringischen Landesliste zur Bundestagswahl. Seit Wochen verspricht März: „Der geht". Bisher konnte er aber bleiben. Ein Ausschluss würde auch die Neuwahl einer Landesliste nach sich ziehen. Dies ist nach dem Wahlrecht allerdings nicht mehr möglich.

Deutliche Zunahme

Die Zahl rechtsextremer und antisemitischer Straftaten hat im zweiten Jahresquartal 2002 stark zugenommen. Im Juni 2002 seien bundesweit 398 rechtsextreme Straftaten, darunter 27 Fälle von Körperverletzung und eine Brandstiftung von der Polizei registriert worden. Dies waren mehr als doppelt so viele rechtsextreme Straftaten wie im März 2002. Die Zahl der antisemitischen Straftaten sei sogar von 127 im ersten Viertel auf 319 im zweiten Viertel 2002 gestiegen.

Kleine Veranstaltungen – große Gewinne

Die alljährliche Großkundgebung der DVU in Passau fällt in diesem Jahr aus. „Unsere Gesamtplanung sieht vor, heuer eine Vielzahl regionaler Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet anstatt der in der Nibelungenhalle abzuhalten", so der stellvertretende Bundesvositzende Bruno Wetzel.

von Janine Clausen



Februar 2002: Aufmarsch gegen die „Wehrmachtsausstellung" in Bielefeld

Die DVU, so die Stadt als Eigentümerin der Halle, habe die Reservierung zum 29. September ohne Angabe von Gründen storniert. Die extrem rechte Partei um den Vorsitzenden Gerhard Frey verzichtet damit erstmals seit fast 20 Jahren auf die Anmietung der Nibelungenhalle. Die Veranstaltung hatte in den vergangenen Jahren offensichtlich an Attraktivität verloren, so waren im letzten Jahr nur 1.200 Teilnehmer – 2.000 weniger als vor zwei Jahren – erschienen.

Passaus Oberbürgermeister Albert Zankl wertet das Ausbleiben der DVU als Folge des Engagements der Bürger, „dass sich die Rechtsextremisten in Passau nicht wohl fühlen" sollten, und betont: „Insbesondere unser Bewirtungs-Boykott im letzten Jahr hat die DVU sehr geärgert."

Die DVU-Parteiführung in München dementiert dies. „Von solchen Erschwernissen lassen wir uns nicht beeindrucken", so Wetzel, der ankündigte, dass die DVU 2003 wieder in die Nibelungenhalle ziehen werde. Im Jahr darauf soll die 1937 erbaute Halle abgerissen werden. Aber auch schon für die neue Halle in Kohlbruck am Passauer Stadtrand hat sich die DVU angekündigt.

Juristisch gelang es der Dreiflüssestadt nie, die Einmietung der DVU zu verhindern. Unzählige Male seit Anfang der 1980er Jahre hatte sie erfolglos gegen die Nutzung der Nibelungenhalle durch die DVU geklagt. Seit 1997 strebt die Stadt auf Druck der Niederbayerischen Regierung keine juristische Entscheidung mehr an.

Dies bleibt nicht der einzige juristische Erfolg, den die DVU für sich verbuchen kann. Derzeit bejubelt sie ihren „Sieg über die Bundesrepublik". 1998 hatte die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth die DVU mit einer Sanktion von 549.000 Mark belegt, da die Partei gegen das „Transparenzgebot" bei Großspenden verstoßen habe. Gegen den Bescheid vom Dezember 1998 erhob Frey Klage beim Verwaltungsgericht Köln. Dieses hob die Sanktion in einem Urteil vom 5. September 2001 auf. Nun ist das Urteil rechtskräftig geworden. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat am 4. Juli diesen Jahres den Antrag der Bundestagsverwaltung auf Zulassung zur Berufung zurückgewiesen. Laut DVU hat der Bund knapp zwei Wochen später die 281.000 Euro plus Zinsen – zusammen 322.000 Euro – ausgezahlt. Mit diesem Urteil sei das Gericht, so die Partei, ihrer Rechtsauffassung „uneingeschränkt" gefolgt. Nun proklamiert die DVU: „Bundesrepublik rechtskräftig verurteilt".

National feiern

Bei „Siegesfeiern" und öffentlichen TV-Übertragungen während der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft (WM) wurden bundesweit Personen mit Reichskriegsflaggen, Nazi-Devotionalien und den Hitlergruß ausführend gesehen. Nach dem Endspiel der WM am 30. Juni diesen Jahres gab es allein in Chemnitz (Sachsen) sechs rassistische Angriffe auf MigrantInnen, die bekannt wurden. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Diverse extrem rechte Zeitungen und Zeitschriften erfreuten sich am Aufwallen völkischer Emotionen in der Bundesrepublik während der WM. Die neofaschistische „Junge Freiheit" (JF) machte sich im Versuch einer Satire auf zwei Extraseiten über „Pädagogen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" lustig. Diese würden sich nun „verunsichert" fragen, „ob auch dieser besorgniserregende, eindeutig nationalistische Überschwang auf die durch die PISA-Studie nachgewiesene schlechte Bildungssituation in Deutschland zurückzuführen" sei. In derselben Ausgabe (JF Nr. 28/02) schwärmt Peter Bossdorf vom „Kollektivwesen" der Fußballnationalmannschaft der Bundesrepublik. Bei den „Sportskameraden" hätten „bloß jene Einstellungsmuster" abgerufen werden müssen, „durch die der deutsche Fußball seit jeher gekennzeichnet ist: Disziplin, Kampfbereitschaft, Ausdauer, Teamgeist". „Nicht die Professionalität der Gehaltsempfänger, sondern der glaubwürdig vorgetragene Gemeinschaftswille" der „deutschen Elf" begeistere die Fans.

„Opposition" fusioniert mit „Deutsche Geschichte"

Die 1998 gegründete Zeitschrift „Opposition. Magazin für Deutschland" ist mit der März-Ausgabe eingestellt worden. Trotz eines illustren Autorenstammes und der Präsenz an Bahnhofskiosken hat sich das Magazin auf dem rechten Markt nicht etabliert, denn, so Sudholt „in der Presselandschaft [sind] viele Tagesinformationen vorhanden [...] Was fehlt, das sind Deutungen und Verknüpfungen, das ist die große Linie der Politik, ihrer Perspektiven".

Dies soll nun in der ebenfalls von der VGB herausgegebenen „Deutsche Geschichte" geschehen, denn diese habe sich „inhaltlich und konzeptionell [...] als das tragfähigere Zeitschriftenprojekt" herausgestellt. Durch die Fusion soll eine „Bündelung der Kräfte" erfolgen und Sudholt will nun „bewusst aktuelle Problemstellungen herausgreifen und diese unter historischen Gesichtspunkten [...] begreifbar machen".

In der diesjährigen Juli-Ausgabe wird neben mehreren Artikeln bekannter revisionistischer Autoren wie Claus Nordbruch und Emil Schlee, die die „Zensur" revisionistischer und auschwitzleugnender Pamphlete zum Schwerpunkt haben, in der neuen Rubrik „Hintergrund" das „Opposition"-Klientel bedient. Thema in der aktuellen Ausgabe ist, in einem moderat verpackten antisemitischen Duktus, der „Nahostkonflikt" und der „Volkssport Korruption"..

Demokratisches Niveau

Junge Freiheit forciert Verfassungsbeschwerde

„Ich lese gern eine unabhängige Zeitung. Sie auch?" fragt Alexander von Stahl. Seit dem Juni 2002 tritt der Generalbundesanwalt a.D. als „offizieller Prozessbevollmächtigter der Jungen Freiheit" (JF) für die „Pressefreiheit" ein. Vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat der nationalliberale FDP-Politiker für die Wochenzeitung aus Berlin Beschwerde gegen den „Vorwurf der ‚tatsächlichen Anhaltspunkte für den Verdacht auf rechtsextreme Bestrebungen'" eingelegt.

von Janine Clausen & Andreas Speit

Nachdem 1996 das Innenministerium Nordrhein-Westfalen den Sachverhalt dargelegt hatte, begann die Redaktion ein „aufwendiges Verwaltungsstreitverfahren", denn, so die JF, die „Vorwürfe setzen eine politisch unbequeme Zeitung unter massiven Druck". Es sei offenkundig, dass NRW bei der JF seine Kompetenzen verfassungswidrig missbrauche, erklärt von Stahl. Bei den „wiederholt abgegeben Warnungen allein aufgrund eines trotz jahrelanger Beobachtung nicht erhärtenden Verdachts" würde es sich um einen „gravierenden Grundrechtseingriff" handeln. Ähnliches verkündeten auch Helmut Markwort und Ephraim Kishon 2001. Der Herausgeber des „Focus", Markwort, betonte: „Für mich ist die JF ein Medium, dass innerhalb des demokratischen Systems steht [...] Der Verfassungsschutz in NRW beobachtet alles, was nicht auf dem linken Flügel der SPD beheimatet ist". Der Bestsellerautor Kishon meint, die JF sei „'rechtsgerichtet', weil Sie nicht linksgerichtet sind", und das „niveauvolle Blatt ist nicht radikal, es ist nicht einmal was man ‚rechts' nennt".



Helmut Markwort

„Heimatschutzfront"

Mitte August diesen Jahres brüsteten sich Neonazis aus dem „nationalen Widerstand" im Internet damit, als „nationale Einsatzgruppen" bei den Hilfsmaßnahmen in den Hochwassergebieten der Bundesrepublik tätig zu sein. In diversen Berichten von der „Heimatschutzfront" schwärmten sie von der „nationalen Solidarität" mit anderen „Volksgenossen", die für sie „selbstverständlich" sei. „Wie ein fremdes Geschwür" stünden dagegen AntifaschistInnen im Abseits. Diese wären sofort zur Stelle, wenn „Asylantenheime unter Wasser" stünden. Doch „das Schicksal deutscher Menschen" sei „ihnen gleich."

Die Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen" und CDU-MdB Erika Steinbach forderte, Hilfen für Flutopfer in der Bundesrepublik aus dem Haushalt für Entwicklungshilfe zu finanzieren. „Die Not der eigenen Bevölkerung und des eigenen Landes" habe „jetzt Vorrang vor allen anderen Hilfsprojekten".

Bereits im Juni 2001 hat die Redaktion um Dieter Stein die 83-seitige Verfassungsbeschwerde eingereicht, nun hat sie einen „Appell für die Pressefreiheit" lanciert. Über 2.500 altbekannte Unterzeichner fordern den NRW-Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD) auf, „dafür zu sorgen, daß die diskriminierenden Maßnahmen unverzüglich gestoppt werden". Neben Franz Alt, Ferdinand Fürst von Bismarck und Martin Hohmann haben u.a. Bernd-Thomas Ramb, Erwin K. Scheuch, Otto von Habsburg und Günter Zehm den Appell gegen die „Verletzung demokratischer Grundrechte" unterzeichnet.

Die JF, deren wöchentliche Auflage bei 10.000 Exemplaren liegt, musste am 23. Juni vergangenen Jahres vor das Verfassungsgericht ziehen, weil am 22. Mai desselben Jahres das Oberverwaltungsgericht den Antrag der „Jungen Freiheit Verlag GmbH & Co auf Zulassung der Berufung gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts", das die VS-Bewertung bestätigte, zurückgewiesen hatte.

Die Münsteraner Richter führten aus, dass verschiedenste Artikel der JF „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen erkennen lassen, die gegen das Demokratieprinzip gerichtet" seien. Überdies ergebe sich „das Bild einer die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot mißachtenden fremdenfeindlichen und antisemitischen Ausrichtung". Pauschal und diffamierend würden „Ausländer, insbesondere Flüchtlinge, für den Verlust der deutschen Identität, für Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnungsnot, steigende Sozialkosten und Umweltschäden verantwortlich gemacht und die Opfer des Holocaust in zynischer Weise herabgewürdigt". Auch wenn zahlreichen Artikeln solch eine Ausrichtung nicht entnommen werden könne, so spiegelten weit mehr Texte die antidemokratische, rassistische und antisemitische Stoßrichtung wieder. „Objektiv", so die Richter, „trete die JF für die dort propagierten Auffassungen und Ziele ein".

Diese Gerichtsentscheidung stört die Redaktion auf dem „langen Weg nach Mitte" (Diedrich Diederichsen). Sie sieht mit der Entscheidung die Verletzung der Meinungs-, Presse- und Berufsfreiheit, sowie die Einschränkung des Persönlichkeitsrechts und des Gleichheitssatzes gegeben.

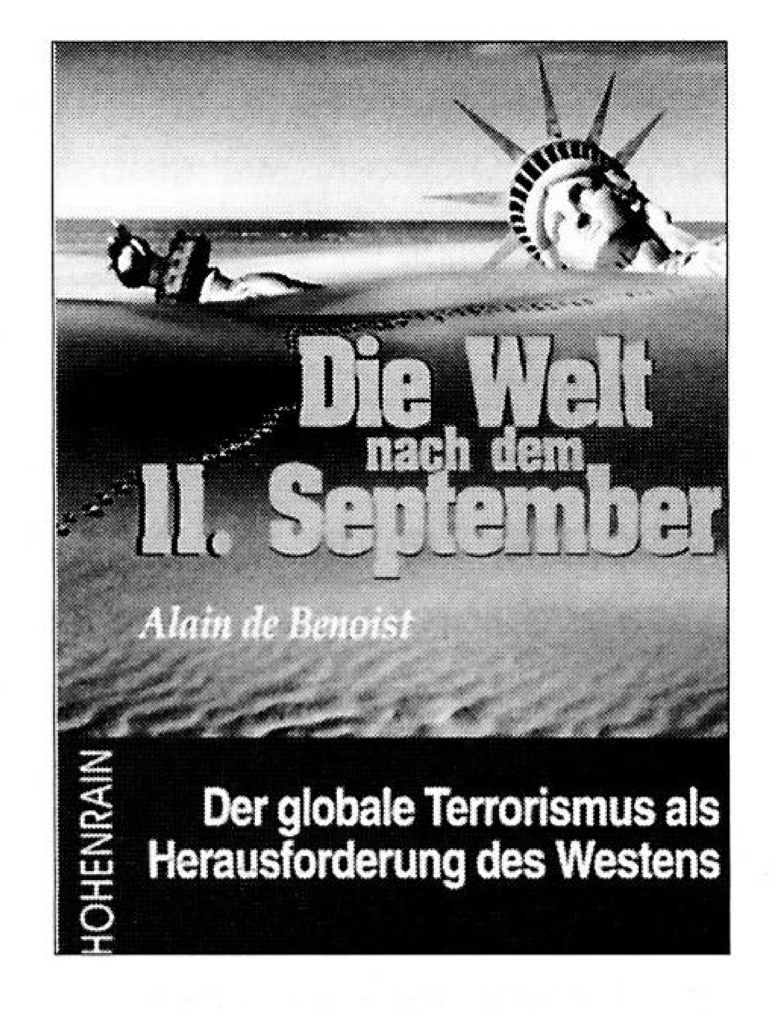
Auch wenn die „Zeitung für Kultur und Politik" in den letzten neun Jahren als Wochenzeitung diverse Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Kultur aller Couleur aus der „Mitte der Gesellschaft" mal als Autoren, mal als Interviewpartner gewinnen konnte, hindert sie diese Einordnung an dem „endgültigen Durchbruch". Bis Ende diesen Jahres will Dieter Stein mit Hilfe der „Kampagne 2002" der von ihm 1986 als Schülerzeitung gegründeten Zeitung den „Durchbruch" verschaffen. „Demokratie braucht Meinungsfreiheit", erklärt der Antidemokrat und bittet um Hilfe, denn der Bedarf an einer „unabhängigen konservativen Wochenzeitung" sei noch nie „so groß wie jetzt" gewesen. Außer durch Abonnements und Spenden könnte man durch die Mitgliedschaft bei den „Freunden der Jungen Freiheit" der Redaktion dienlich sein. Nach eigenem Bekunden erbrachte der Förderkreis in den letzen Jahren über 25.000 Euro an Spenden. „Nur durch diese Förderung", sagte Stein beim JF-Sommerfest am 13. Juli 2002 in Berlin, „gelang es, die wirtschaftlichen Folgen politischer Diskriminierung und eines Anzeigen- und Kioskboykotts gegen die JF aufzufangen".

Wann das Bundesverfassungsgericht den Fall behandelt, ist nicht absehbar. „Das Verfahren ruht", erklärt ein Gerichtssprecher. Aufgrund der Bedeutung würde auch der Senat selbst über den Fall beraten. Andere Verfahren seien aber vorrangig, so dass eventuell 2003 eine Entscheidung fallen könnte.

Nationales Erfordernis

Wie die extreme Rechte auf den 11. September reagiert

Zwei Veröffentlichungen aus dem „Hohenrain"-Verlag sowie dem Verlag der „Junge Freiheit" beschäftigen sich mit dem Terroranschlag vom 11. September und dessen Ursachen und Wirkungen.



von Alexander Häusler

Keine Neonazi-Demo nach dem 11. September 2001, auf der nicht Antiamerikanismus, Antisemitismus und „Befreiungs"-Nationalismus symbiotisch zur Schau gestellt wurden: Auf dem Ticket der Globalisierungskritik geriert der völkische Rassismus zur „Befreiungsideologie" gegen die „one world". Den neofaschistischen think tanks um Alain de Benoist, Kopf der französischen „Nouvelle Droite", fällt bei der Orientierung auf einen solchen kulturalistischen Nationalismus gespickt mit antiimperialistischer und pseudosozialistischer Phraseologie eine Vorreiterrolle zu. Die „ethnopluralistisch" verklausulierte Kulturalisierung des Rassismus wurde für die deutsche Neonazi-Szene um NPD und „Freie Kameradschaften" ebenso tendenziell



anschlussfähig wie das „neurechte" Konzept der „Metapolitik", der Besetzung vorpolitischer Felder und der Umdeutung und Entwendung von Begriffen und Wertmaßstäben. Der „Westen" – im „neurechten" Weltbild Chiffre für den verhassten Universalismus und die angebliche Vorherrschaft des als egalitär verabscheuten „Judeachristentums" – wird nach dem 11. September als ein in den USA personifiziertes Feindbild faschistischer Agitation, die damit anschlussfähig an die Antiglobalisierungsbewegung zu werden droht.

„USA ernten die Früchte ihres Staatsterrors"

Die Buchveröffentlichung von Beiträgen und Interviews aus der „Junge Freiheit" unter dem Titel „Die Tragödie des Westens" zeigt ein solches Bestreben der extremen Rechten: Neben Leuten wie dem wohl unvermeidlichen Franz Alt präsentiert die JF, nicht ohne Stolz auf ihre gelungene Querfrontstrategie, Peter Scholl-Latour sowie die indische Globalisierungskritikerin Arundhati Roy als Interviewpartner. Im Diskurs um den 11. September und seine Ursachen vermischen sich Kritik am globalisierten Kapitalismus unter US-Hegemonie und antiwestlicher, primär gegen den „Schmelztigel USA" gerichteter Rassismus und Antisemitismus. Die pathische Projektion einer weltumfassenden Verschwörung gegen die „Völker", deren „Drahtzieher" an der amerikanischen „Ostküste" lokalisierbar seien, transformiert sich nach dem 11. September in einen global wirksamen antisemitischen Diskurs. So formuliert der Interviewpartner Alain de Benoist, dass die USA „die Früchte ihres Staatsterrors" geerntet hätten, um zugleich in Verschwörungsmanier Israel als den „größten Nutznießer der Anschläge vom 11. September" zu denunzieren.

Wenn Arundhati Roy im JF-Interview den militärischen Staatsterrorismus der USA in Hiroshima, Nagasaki und Irak anprangert, fügen die Interviewer „Dresden" hinzu: Deutschland als Opfer der „Siegermacht", die nun die Welt ausplündert – so wird Globalisierungskritik zur Entsorgung der Vergangenheit. „Jeder, der eine abweichende Meinung hat, wird an den Rand gedrängt." Dieser Ausspruch Roys auf dem Buchumschlag der JF-Veröffentlichung verdeutlicht das Bestreben einer rechtsextremen Inszenierung als gleichfalls „Erniedrigte und Beleidigte".

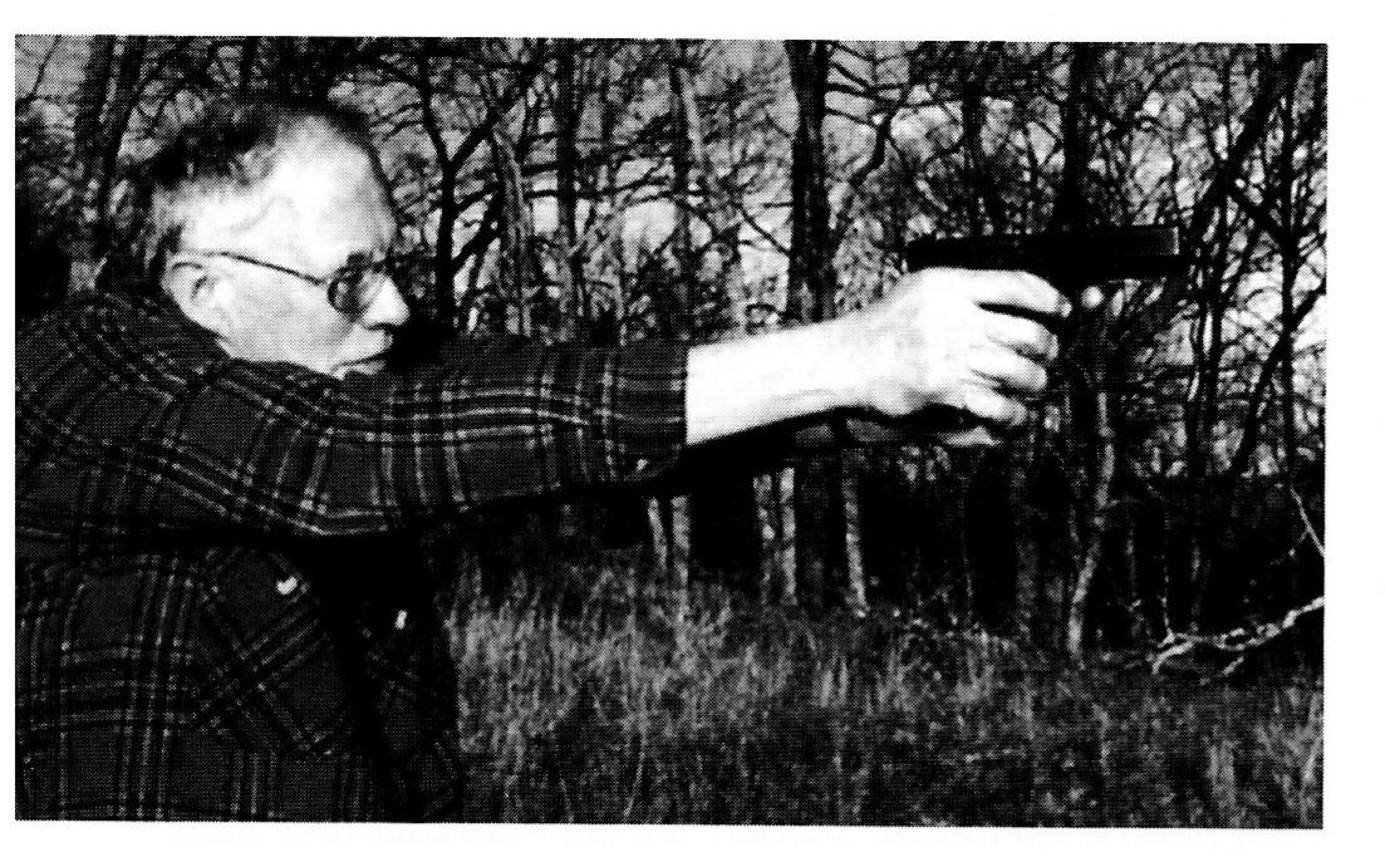
„Unser Afghanistan heißt Kreuzberg"

Was die JF als Anschlussversuch an den Antiglobalisierungsdiskurs von Rechts zur Mitte erprobt, erweitert Alain de Benoist auf ein Zusammenführen unterschiedlicher Strömungen der extremen Rechten. Unter seiner Herausgeberschaft erschien unter dem Titel „Die Welt nach dem 11. September" ein Sammelband, der eine argumentative Verknüpfung von völkischem Antiimperialismus mit Antiamerikanismus, Antiislamismus und nationalsozialistischer Apologetik herstellt. Benoist übernimmt dabei den Part des Untergangspropheten der „universalistischen Zivilisation des Westens" und geißelt den US-Imperialismus als Krieg der „McWorld" gegen die „Identitäten" und „Kulturen". Er zeichnet - durchaus faktenorientiert - die US-amerikanische Unterstützung Bin Ladens und der Taliban nach, um seinem ethnopluralistisch verpackten Kulturkampf gegen den westlichen Universalismus die globalisierungskritische Weihe zu verleihen. Seine identitätspolitisch motivierte Verteidigung islamischer Kultur entlarvt sich da als offener Rassismus, wo es um den verhassten Multikulturalismus geht: Das „berechtigte Ressentiment" der Bevölkerung in den westlichen Staaten gegen die „unkontrollierte Masseneinwanderung" werde nun durch pauschale „Verteufelung des Islam" instrumentalisiert, so Benoist. Der „Djihad gegen McWorld" ist demnach nur dann eine feine Sache, wenn er gegen den verhassten „Schmelztigel USA" zu Felde zieht; ansonsten bleibt es beim ethnopluralistisch verklausulierten „Ausländer raus!"

Nur scheinbar stehen antiislamischer und antiarabischer Ethnorassismus zu einander in Widerspruch. Einen

Skinhead begeht Mord

Ein 25jähriger Skinhead hat bei einem Volksfest in Sulzbach (Saarland) am 9. August diesen Jahres einen 19jährigen Türken erstochen. Der Täter und ein anderer Skinhead fühlten sich nach Eigenangaben von Ahmed S. provoziert. Sie behaupten, dieser habe eine Zigarettenkippe auf sie geworfen. Daraufhin stach der Täter fünfmal mit einem Messer auf Ahmed S. ein. S. starb wenig später im Krankenhaus. Bei der Verhaftung versuchte der Täter, auf die Polizeibeamten zu schießen. Beide Skinheads seien der Polizei aus der örtlichen rechtsextremen Szene bekannt. Im Sulzbachtal kam es in den zurückliegenden drei Jahren zu mehreren Angriffen auf MigrantInnen, auf zwei afrikanische Studenten und einen Infostand der PDS durch Neonazis.



Führerlos

Chef der „National Alliance“ gestorben

William Luther Pierce (im Bild links), Führer der US-amerikanischen Partei „National Alliance“ (NA), Buchautor und Kopf eines neonazistischen Medienkartells, starb am 23. Juli diesen Jahres im Alter von 68 Jahren an den Folgen eines Krebsleidens.

von Christian Dornbusch

Geboren wurde William Luther Pierce am 11. September 1933 in Atlanta, Georgia. Er besuchte eine Militärakademie in Texas und machte an der University of Colorado seinen Master und Doktor in Physik. Von 1962-66 lehrte er Physik an der Oregon State University. Dort kam er auch mit George Lincoln Rockwell in Kontakt, dem damaligen Führer der „American Nazi Party“ (ANP). Nachdem Rockwell im August 1967 gestorben war, trat Pearce in die „National Socialist White People's Party“ (NSWPP) ein und avancierte dort zu einem führenden Mitglied. 1970 wechselte er zu der von Willis Carto gegründeten „National Youth Alliance“ (NYA), die aus der „Youth for Wallace“-Kampagne zur Unterstützung des Gouverneurs George Wallace im Präsidentschaftswahlkampf entstanden war. Nach Streitereien zwischen Carto und Pierce zerbrach die NYA in verschiedene Interessengruppen. 1974 gelang es Pierce, aus Teilen dieser Gruppen die NA mit Hauptquartier in Washington D. C. aufzubauen, an deren Spitze er bis zu seinem Tod stand. 1985 zog die NA schließlich auf ein grosses Areal in Mill Point, nahe Hillsboro (West Virginia), um, wo sie bis heute ansässig ist. Um auch das spirituelle Vakuum der Mitglieder auszufüllen, gründete Pierce eigens die „Cosmotheist Church“. Die Glaubenslehre der Kirche beinhaltete eine Mischung aus der Ideologie der NA sowie naturreligiösen und rassistischen Fragmenten. Die eigentliche ideologische Basis der Organisation erläuterte Pierce im eigenen Magazin namens „Attack!“, dass nach wenigen Ausgaben in „National Vanguard“ umbenannte wurde.

In der Zeitschrift erschienen vorab auch Auszüge aus dem von Pierce 1978 unter dem Pseudonym Andrew MacDonald veröffentlichten Buch „The Turner Diaries“. Der Roman schildert ein Bürgerkriegsszenario, in dem eine neonazistische Armee alle Nicht-Weissen tötet. Von dem Buch ließen sich u. a. die terroristische Organisation „The Order“ von Robert Mathews als auch der Oklahoma-Attentäter Timothy McVeigh inspirieren, bei dessen Sprengstoffanschlag am 19. April 1995 168 Menschen getötet wurden. 1984 veröffentlichte Pierce unter demselben Pseudonym seinen zweiten Roman „Hunter“, in dem der Hauptakteur, ein Serienmörder, vorzugsweise nichtweisse sowie „gemischte“ Paare tötet. Beide Bücher erschienen im Verlag „National Vanguard“ der NA, über den massenweise rechtsextreme Publikationen, Tondokumentationen von neonazistischen Reden und Verschwörungstheorien verbreitet werden. Zum Mediennetzwerk gehört auch eine eigene Radioshow sowie seit 1999 mehrere RechtsRock-Label. Pierce kaufte zuerst das seit 1993 bestehende und bis heute bekannte US-amerikanische Label „Resistance Records“ samt dessen gleichnamigen Hochglanz-Magazin auf, dann die schwedische Firma „Nordland“ und schließlich 2000 das norwegische Black-Metal-Label „Cymophane“. Der neuste Verkaufsschlager aus dem Hause der NA ist das 2001 bei „Resistance Records“ veröffentlichte Computerspiel „Ethnic Cleansing“ („Ethnische Säuberung“).

Pierce unterhielt auch nach Europa gute Kontakte, vor allem zur „British National Party“ (BNP) und zur deutschen NPD. Noch 1998 trat er als Ehrengast auf einer Veranstaltung der Partei in Passau auf und für die von Holger Apfel 1999 veröffentlichte Geschichte der NPD, „Alles Große steht im Sturm“, schrieb Pierce das Vorwort. Als sich der vermeintliche „Satansmörder“ Hendrik Möbus 1999 seinem Haftantritt entzog, flüchtete er in die USA und schlüpfte bei Pierce unter, wo er dann schließlich im Sommer 2000 festgenommen wurde. Während seines Aufenthalts in den USA arbeiteten Möbus und Pierce gemeinsame Pläne für die Ausweitung der NA-eigenen Plattenlabel nach Europa aus.

Wer der Nachfolger von Pierce für die 1.500 Mitglieder starke NA samt deren Medienkartell werden soll, ist umstritten. Die Favoriten sind der 33-jährige Erich Gliebe, Chefredakteur des „Resistance“-Magazins oder der 30-jährigen Billy Roper, offizieller Sprecher der NA. Die Entscheidung wird auf der „National Leadership Conference“ am 31. August diesen Jahres fallen.

Estnisches SS-Denkmal

In der estnisches Stadt Parnu ist ein kurz vor der Enthüllung stehendes Denkmal zur Erinnerung an die estnischen Freiwilligen, die im Zweiten Weltkrieg auf Seiten NS-Deutschlands gekämpft hatten, wieder abgebaut worden. Das Denkmal, das einen estnischen Soldaten der Waffen-SS mit einem in Richtung Russland weisenden Gewehr darstellte, wurde auf Drängen des Premierministers Siim Kallas entfernt. Doch die Stadtverwaltung will das Denkmal noch einmal überdenken, wenn Inschrift und Gestalt geändert würden. Haupinitiator Leo Taamiksaar behauptet, das Denkmal habe „mit Nazis oder Deutschen nichts zu tun“. Es sei den estnischen Soldaten, die gegen die sowjetische Besetzung Estlands kämpften, gewidmet. Darüber hinaus wollte Hitler „nur Juden und Zigeuner umbringen. Stalin wollte alle umbringen, sogar seine eigenen Leute“.

Europäisches Treffen

An der „Sommer-Universität 2002 der Frente Español [d.i. „Spanische Front“] /La Falange“ nahmen nach Eigenangaben der Veranstalter die „Führer und Verantwortlichen der wichtigsten nationalen Kräfte Europas“ teil. Neben diversen spanischen Faschisten hielten Roberto Fiore („Forza Nuova“, Italien), Udo Voigt (NPD), Alain Lavarde („Front National“, Frankreich) und Gareth Hurley („Final Conflict-Third Position“, Großbritannien) Vorträge über Themen wie Antiliberalismus, die Verteidigung der Familie, politischen Widerstand gegen Schwangerschaftsabbrüche und Migration. Die Sommeruniversität sei ein „Treffpunkt der nationalen Kräfte Europas“. Erstmals seien „Kameraden“ aus Irland und der Schweiz anwesend gewesen.

Die europäische Sprachencharta

Bis 1986 gab sich die Vierteljahrsschrift „Europa Ethnica" schon auf ihrem Umschlag als Sprachrohr der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) zu erkennen. Danach hat sich der Inhalt auch nicht geändert, wie es ihr Haupttitel bis heute deutlich genug ausdrückt.
1984 erinnerte „Europa Ethnica" an den hundertsten Geburtstag eines Geistesverwandten (der 1963 in Wien gestorben ist): „Der allgemeinen Literaturgeschichte stellte Josef Nadler, der am 25. Mai 1884 in Neudörfl in Böhmen geboren wurde, eine landschaftlich und stammeskundlich ausgerichtete deutsche Literaturgeschichte zur Seite".

von Yvonne Bollmann

Im selben Jahr veranstaltete der Europarat eine öffentliche Anhörung über Regional- und Minderheitensprachen in Europa. Noch bevor ihre Ergebnisse bekannt wurden, schlug Theodor Veiter – Mitherausgeber von „Europa Ethnica" und Träger des „Europäischen Karlspreises" der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" – ein Projekt für eine europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen vor. Gleich 1961, in ihrem ersten Erscheinungsjahr, hatte „Europa Ethnica" über ein Juristentreffen in Bonn informiert (Oktober 1961), organisiert im Rahmen des „Gesamtdeutschen Ausschusses" des „Bundes der Vertriebenen", wo es um ein „Recht auf die Heimat" ging. Veiter nahm daran teil, kurz nach dem Jahreskongress der „Association for the study of the World Refugee Problem", der in Saloniki und Athen unter seiner Leitung mit demselben juristischen Begriff als Schwerpunkt stattgefunden hatte. 1987 kommt Veiter in „Europa Ethnica" zurück auf das Projekt einer europäischen Sprachencharta. Dass darin die Regional- und Minderheitensprachen im Vordergrund stehen, nicht die Völker und Volksgruppen selbst, erklärt er durch den Widerstand einiger zentralistischer Regierungen, die sich einer Volksgruppencharta widersetzen würden.

Mit diesen hintergründigen Vorbehalten befrachtet wurde die Sprachencharta des Europarates 1992 zur Unterzeichnung freigegeben; im März 1998 trat sie in Kraft. Öffentlich betonen ihre Verfechter immer wieder, dass es in ihr ausschließlich um den Schutz von Sprachen gehe und dass durch sie keineswegs Gruppenrechte für ethnische Minderheiten gefördert werden sollen. Im Rahmen der fortschreitenden Ethnisierung Europas spielt sie jedoch eine Schlüsselrolle. In Frankreich zum Beispiel macht sie Gutgläubigen, die ausschließlich für kulturelle Angelegenheiten zu wirken glauben, die nadlersche Verbindung von Sprache, Territorium und Ethnie schmackhaft. Es ist wie der erste, oft unentgeltliche Schuss Droge, der sofort abhängig und nach Stärkerem süchtig macht.

Die Minderheiten der Bundesrepublik Deutschland

Kiel
Schleswig-Holstein
Saterland
Niedersachsen
Berlin
Brandenburg
Cottbus
Bautzen
Sachsen
0 100 200 Km

Sorben
Dänen
Friesen
Sinti-Roma
(auf das gesamte Bundesgebiet verteilt)
RüWa (SVI)

Karte aus dem Buch „Die Volksgruppen in Europa"

Für den Europarat soll die Sprachencharta jedenfalls denselben Zweck erfüllen wie das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, das in einem parallelen Verfahren ihr Entstehen begleitete und schon im Februar 1998 in Kraft trat. Das geht hervor aus einem Bericht über die „Rechte nationaler Minderheiten" (Januar 2001, Berichterstatter: Rudolf Bindig, SPD), in dem beide Texte als gleichwertige Instrumentarien erwähnt werden.

Beim Wiener Verlag Wilhelm Braumüller, dem Verleger von „Europa Ethnica", erschien 2000 das Handbuch „Die Volksgruppen in Europa" in der von Franz Hieronymus Riedl und Theodor Veiter begründeten Schriftenreihe „Ethnos" und mit „Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr sowie des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, Wien". In „methodologischen Hinweisen" erörtern die Autoren Christoph Pan und Beate Sibylle Pfeil die „terminologische Problematik" bei der Bestandsaufnahme der Volksgruppen in 36 Staaten Europas: „Angesichts der Schwierigkeiten, die bestehende Begriffsvielfalt exakt in die wichtigsten europäischen Sprachen zu übertragen, hat der Europarat beim Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten den Weg der Vereinfachung gewählt und entschieden, stellvertretend und pars pro toto den Ausdruck nationale Minderheiten zu verwenden. Es fällt aber schwer, sich dieser Methodik des Europarates ganz anzuschließen; denn es gibt [...] in nicht wenigen Fällen hinreichende Gründe für eine spezifischere Terminologie". So verwenden die Autoren neben dem Begriff „Volksgruppe" noch „andere, meist inhaltsgleich zu verstehende Begriffe": „Minderheit (nationale und ethnische)", „Nationalität", „Volk", „Sprachgemeinschaft/Sprachgruppe/Sprachminderheit". Trotz dieser angeblichen Vielfalt haben sie für den Titel ihres Handbuchs all diese Begriffe über einen Kamm geschoren und den völkischsten ausgewählt. Pan vom „Südtiroler Volksgruppeninstitut", der von 1994 bis 1996 Präsident der FUEV war, ist seit 1996 Experte für Minderheitenfragen beim Europarat.

Für Deutschland werden in diesem Werk als „Volksgruppen/Minderheiten" die Sorben (Wenden), die Dänen, die Sinti-Roma und die Friesen aufgeführt. Es sind 0,2 Prozent der Bevölkerung, neben 90,8 Prozent „Deutschen" und 9,0 Prozent „Ausländern". Letztere werden jedoch im Diagramm der Bevölkerungsverteilung nicht aufgenommen, so dass

die „Deutschen“ im Grunde 99,8 Prozent ausmachen und Deutschland somit den ethnisch homogensten unter den 36 dargestellten Staaten bildet. Für die Autoren bedürfen neben den aufgeführten „Volksgruppen“ auch „die Polen im Ruhrgebiet sowie die Juden“ der Erwähnung, obwohl sie feststellen müssen, dass „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“ jedoch keine Anzeichen dafür bestehen, „dass sich die auf 75.000-200.000 Personen bezifferten Ruhrpolen tatsächlich noch als eigene Volksgruppe begreifen“. Auch „die Juden in Deutschland verstanden sich zumindest bis zur Judenverfolgung in der Zeit nationalsozialistischer Gewaltherrschaft wohl überwiegend nicht als Minderheit [...]. Diese Auffassung scheint auch in der Gegenwart vorherrschend zu sein. Jüdische Organisationen wie z.B. der Zentralrat der Juden in Deutschland haben sich insbesondere nicht an der nach der deutschen Wiedervereinigung aufgekommenen Diskussion um die Stärkung von Minderheitenrechten beteiligt“. Die Autoren bestimmen also, wer Ruhrpole und wer Jude ist.

Auch was Frankreich betrifft folgen Pan und Pfeil demselben völkischen Modell. Für sie sind nur 85,6 Prozent der Bevölkerung „Franzosen“. Die übrigen 14,4 Prozent sind „Sprachminderheiten (‚Regionalsprachler‘)“, da „Frankreich amtlich keine Volksgruppen oder Minderheiten kennt“: „Okzitanen, Deutsch(sprachig)e: a) Elsässer b) Lothringer, Bretonen, Katalanen, Korsen, Flamen, Basken“. In den drei beigefügten Diagrammen und auf der Karte der „Minderheiten in Frankreich“ sind aus den „deutschsprachigen“ Elsässern und Lothringern „Deutsche“ geworden.

Dass die Regional- und Minderheitensprachen mit Territorien verbunden werden, ergibt einen unseligen Zusammenhang. 1998 erschien der „kollektive ethnolinguistische Atlas“ „La Clef“ (Nice), den der Maler Ben zusammengetragen und mit einem erläuternden Vorwort versehen hat. Einer der Autoren ist der Jurist Guy Héraud, mit einem Beitrag über die „Notwendigkeit der Selbstbestimmung“. Ihm wurde 1987 der „Europäische Karlspreis“ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ verliehen.

Dieser Atlas „gehorcht dem ethnischen Prinzip: keine Sprache ohne Volk, kein Volk ohne Territorium“. Für jedes Land wird die „ethnische Zusammensetzung“ angegeben, gegliedert nach „territorialen“ und „nicht-territorialen“ Ethnien oder Minderheiten, mit Erwähnung der Sprache(n) und der Religion. Das bedeutet nicht, so Ben, dass „den nicht-territorialen Minderheiten das Recht verweigert wird, auf dem Territorium des jeweiligen Staates zu Hause zu sein“. Es soll nur darauf hinweisen, dass „diese Gemeinschaften ein Mutterland besitzen, oder besitzen sollten (Zigeuner), außerhalb des Territoriums des betreffenden Staates“.

So werden die Juden stets zu den nicht-territorialen Minderheiten, zu den „anderen Ethnien“ gezählt, obwohl ihre Sprache – z.B. ausschließlich armenisch in Armenien, oder bulgarisch in Bulgarien – sie dem „ethnischen Prinzip“ gemäß eher als „territoriale Ethnie“ kennzeichnen sollte. In der Notiz über Israel, die 1979 verfasst wurde, ist das Land als „Mutterland“ der Juden dargestellt: „Etwa 12 Millionen Hebräer sind noch zerstreut (vorwiegend in Amerika, in der UdSSR und in Westeuropa), und wahrscheinlich wird ein Teil davon zurückkehren wollen in ihr Vaterland, das sich dann als zu eng erweisen wird. Aus Gerechtigkeitsgründen soll also Israel die Halbinsel Sinai zuerkannt worden, die seit jeher unbewohnt ist (außer seinem nordwestlichen Teil, mit einer geringen arabischen Bevölkerung, den Israel Ägypten schon zurückgegeben hat). Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Araber, die etwa zehnmal zahlreicher sind als alle Hebräer zusammen, hundertmal größere Territorien besitzen.“

In der europäischen Sprachencharta sind Sprachen, die über kein Territorium verfügen, aus der Kategorie der Regional- und Minderheitensprachen ausgeschlossen. Als Beispiele werden in den Erläuterungen dazu wie von ungefähr die jiddische Sprache und das Romani erwähnt. Diese zwei Sprachen sollten jedoch aus augenscheinlichen historischen Gründen vor jeder zusätzlichen Diskriminierung bewahrt werden. Spätestens hier wird deutlich, dass eine ethnolinguistische, dazu noch territorial bestimmte Neu(alt)ordnung Europas verheerende Folgen haben würde.

In der Drittauflage seines Buches „Minorités et régionalismes dans l'Europe fédérale des régions, le plan allemand qui va bouleverser l'Europe“ (Paris 2002) bringt Pierre Hillard eine Karte Europas aus dem Jahr 1997, die mit dem blauen Sternenbanner versehen und also europäisch verbrieft ist. Sie wurde hergestellt im Europäischen Parlament, von der „Demokratischen Partei der Völker Europas/Freie Europäische Allianz“. Mitglieder dieser Gruppierung sind etwa 18 regionalistische und autonomistische Parteien aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und den Niederlanden. Deutschland ist als Ziel solcher Bestrebungen nicht betroffen. Gemeinsam mit den „Grünen“ bildet die „Freie Europäische Allianz“ eine der sieben Fraktionen des Europäischen Parlaments.

Diese Karte zeigt ein umgestaltetes Europa. Nur Deutschland hat sich vergrößert. Hinzugekommen sind Österreich, die deutschsprachige Schweiz, ein Teil Belgiens, das Elsass und ein Stück Lothringens. Den Namen „Frankreich“ trägt nur noch die nördliche Hälfte des Landes, ohne die Bretagne. Der Süden heißt „Occitania“. Ebenso zerstückelt sind Großbritannien und Spanien. Nutznießer Deutschland: so etwas hat es schon einmal gegeben. In der europäischen Sprachenpolitik ist der rechte Rand gut aufgehoben.

Yvonne Bollmann ist Dozentin an der Universität Paris XII. Zuletzt erschien von ihr „La Bataille des langues en Europe“ (Paris 2001).

JF-Interviews

In den letzten Monaten haben mehrere Prominente der neofaschistischen „Junge Freiheit“ (JF) Interviews gegeben. Der Schriftsteller und Autor in „Frankfurter Rundschau“ und „Titanic“ Eckhard Henscheid liess sich über die so genannte Antisemitismus-Debatte aus. Er verteidigt Martin Walser: Dessen „Freiheit“, sich „aufs Glatteis“ zu begeben, habe „im Zweifelsfall Vorrang vor irgendwelchen Vorgaben, die selbsternannte gesellschaftliche Kräfte an die Literatur richten“. Möllemann habe „überwiegend Richtiges“ gesagt, doch „leider fast alles zurückgenommen“. Mit dem „sogenannten und speziellen Judentabu in Deutschland“ habe er sich „noch nie anfreunden“ können. Und „wenn Möllemanns Aussagen tatsächlich schon einen Klimawechsel in Deutschland bewirken sollten, dann hat dieser Klimawechsel meinen Segen.“ Der „Kulturkritiker“ Prof. Dr. Joachim Kaiser äußerte sich zum selben Thema. Der „Vorwurf des Antisemitismus“ sei „heutzutage ein unerträglicher Vorwurf“. Walsers sei kein Antisemit, sondern „derjenige“, der dies behauptet, sei es, weil dieser „solche Muster im Kopf“ habe. Walsers neues Buch sei „brillant“. Auch der Leiter des „Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung“ in Dresden, Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, gab der JF ein Interview. Darin behauptet er, dass „man heutzutage dank der political correctness kaum noch etwas dem mainstream Widersprechendes äußern kann, ohne sofort in die rechte Ecke gestellt zu werden.“ Auch der ehemalige Leiter des „Goethe-Instituts“, Hilmar Hoffmann, hat der JF ein Interview über Leni Riefenstahl gegeben. „Einiges“ spreche dafür, dass Riefenstahl mit ihren NS-Propaganda-Filmen „nur ihrer Obsession gefolgt“ sei, „das Schöne darzustellen“. Ihre Arbeit müsse man „zwar vor dem Hintergrund der damals in Deutschland wütenden Diktatur problematisieren, nicht aber in bezug auf deren spätere letale Exzesse an den Juden“.

„Zentrum gegen Vertreibungen“

Während den Vertriebenenverbänden in der Vergangenheit der Ruf des konservativ-reaktionären vorauseilte, stoßen sie derzeit mit ihren Thesen in der Mitte der Gesellschaft zunehmend auf positive Resonanz. Deshalb soll nun endlich auch ein Projekt politisch durchgesetzt werden, an dem bereits seit einiger Zeit gearbeitet wird: das „Zentrum gegen Vertreibungen“, dessen Verwirklichung das wohl wichtigste Ziel der Vertriebenenarbeit der nächsten Jahre darstellt.

von Samuel Salzborn

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ – ein Titel, der nichts Böses ahnen lässt. „Vertreibung“, das klingt nach Verbrechen und Unrecht. Der Plural („Vertreibungen“) deutet darauf hin, dass es sich um ein weit verbreitetes, wenn nicht gar weltweites Problem handeln könnte. Und die Negation („gegen“) scheint ein Zeichen gegen Unmenschlichkeit und Verbrechen zu setzen. Das alles klingt viel versprechend und scheint wie ein humanes Projekt.

Als das „Zentrum gegen Vertreibungen“ Mitte 1999 beim Tag der deutschen Heimatvertriebenen in Berlin erstmals öffentlich erwähnt wurde, fielen die Reaktionen auch entsprechend positiv aus. Nur einige kritische Stimmen in der Bundesrepublik und insbesondere auch in den osteuropäischen Staaten sahen in dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ eine politische Gefahr. Gefahr deshalb, weil in dem geplanten „Zentrum“ ein Versuch zur Uminterpretation der Geschichte durch die Vertriebenenverbände gesehen wurde und wird. Denn durch den Appell an Gewissen und Moral, den der Titel des geplanten „Zentrums“ beinhaltet, drohen historische Kontexte von Flucht und Vertreibung im Allgemeinen, besonders aber im konkreten Fall derjenigen der Deutschen infolge des Nationalsozialismus verwischt zu werden. Auf diese Weise könnte das für Vertreibungen schlechthin charakteristische Faktum der Gewalt instrumentalisiert werden, um von politischen Ursachen und historischen Zusammenhängen abzulenken.

In Bezug auf die Umsiedlung der Deutschen ist diese Problematik besonders offenkundig. So schrecklich diese für die Betroffenen auch gewesen ist, es sollten dennoch die individuellen Schicksale der Flüchtlinge nicht den Blick auf den historischen Kontext verstellen: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung der Deutschen hatten ihre Ursache in der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik, die sich in erheblichem Maße auch auf eine völkische Komponente stützte. Es war eine Politik der völkischen Destabilisierung, die die Grundlage der NS-Außenpolitik bildete, zumindest so lange wie diese ihre Interessen nicht auf militärischem Weg verfolgt hat. Die deutsche Volkstumspolitik, die später zu Flucht, Vertreibung und Umsiedlung der Deutschen führen sollte, war letztlich ein zentraler Aspekt bei der Zerschlagung der osteuropäischen Nationalstaaten (am deutlichsten wird dies sicher im Fall der Tschechoslowakei), aber auch bei der Vorbereitung und Umsetzung der deutschen Vernichtungspolitik.

So wenig damit die konkreten Ereignisse während Flucht und Vertreibung der Deutschen beschönigt werden sollen, so sehr ist darauf hinzuweisen, dass die Umsiedlung der Deutschen das politische Ziel verfolgte, das Konfliktpotenzial in Osteuropa zu verringern. Denn eben jene deutschen Minderheiten bzw. Volksdeutschen waren es, die politische und soziale Konflikte geschürt hatten, die eine wesentliche Voraussetzung für die spätere Zerschlagung der osteuropäischen Staaten bildeten. Flucht und Vertreibung der Deutschen waren somit eine Konsequenz auf den Nationalsozialismus und die Massenvernichtung der europäischen Juden. Dies droht allerdings bei einer entkontextualisierenden Betrachtung ebenso unter den Tisch zu fallen, wie die Tatsache, dass die Umsiedlung der Deutschen im bis heute gültigen Potsdamer Abkommen (Artikel XIII) völkerrechtlich verbindlich festgelegt wurde und somit zwar abhängig des politischen Standortes ihre Legitimität, jedoch nicht ihre Legalität in Frage gestellt werden kann.

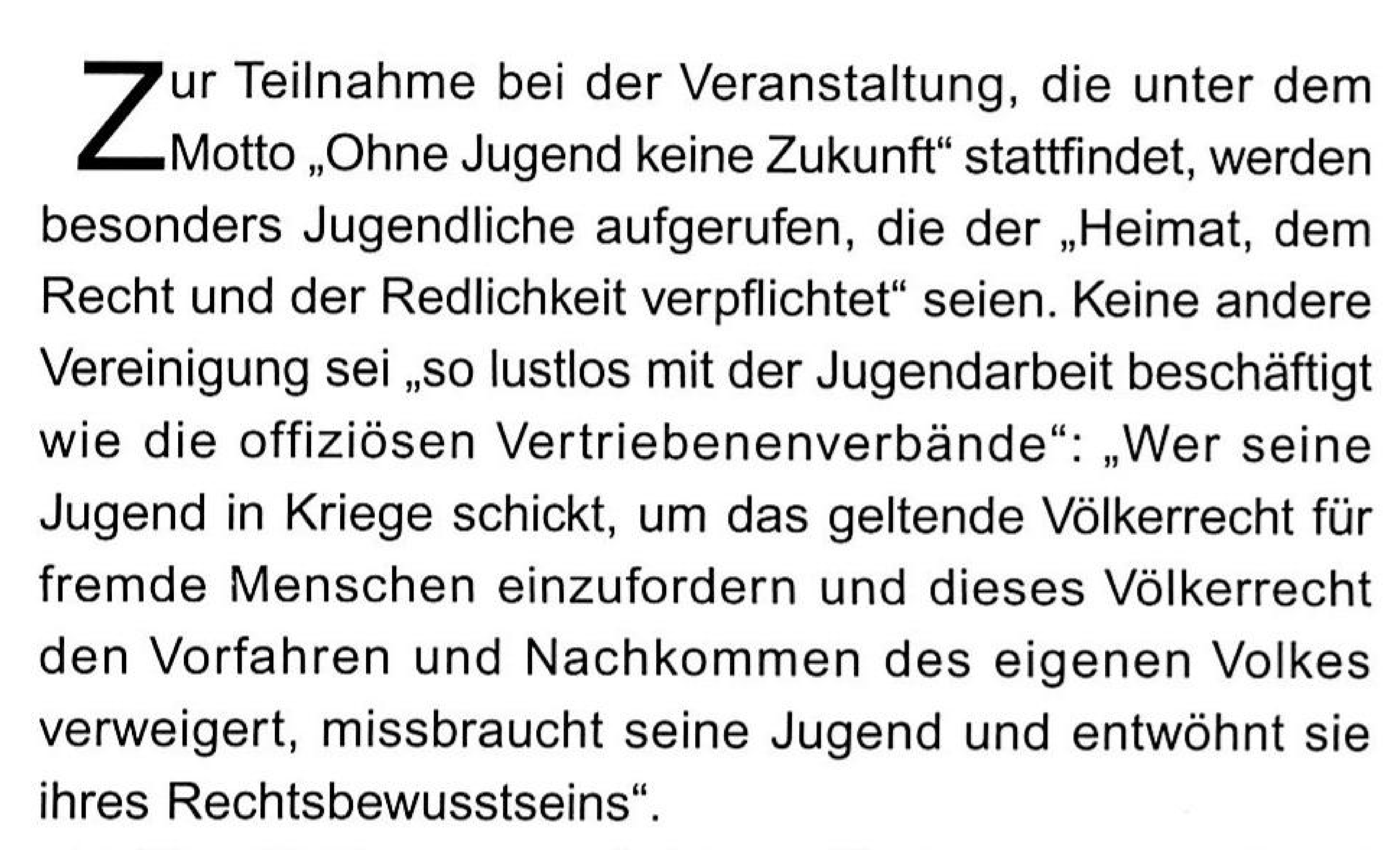
Die mögliche Nivellierung der historischen Kontexte wird auch deutlich, wenn die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach (CDU), erklärt, was sich die Vertriebenenverbände von ihrem „Zentrum gegen Vertreibungen“ versprechen. In „geschichtlicher und räumlicher Nähe“ zum Holocaust-Mahnmal soll das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin entstehen. Konzeptionelles Vorbild für das Projekt sei das Holocaust Memorial Museum in Washington. Die Ansage ist deutlich, wie sie deutlicher kaum denkbar ist. Man sucht, ja wünscht sich geradezu die Nähe zum deutschen Massenmord an den europäischen Juden, genauer gesagt: zu deren Opferstatus. Man selbst sei Opfer gewesen und stehe historisch auf einer Stufe mit den ermordeten Jüdinnen und Juden. Steinbach formuliert das folgendermaßen: „Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene miteinander. Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein.“

Auszug von der Internetseite des „Zentrums gegen Vertreibungen“

Wenn Steinbach, die in der Vergangenheit von der „Frankfurter Rundschau“ bereits eine symbolische Rote Karte als „intellektuellen Platzverweis“ wegen der Gleichsetzung der Judenvernichtung mit der Umsiedlung der Deutschen gezeigt bekommen hatte, sagt, die „Themen Juden und Vertriebene“ würden sich ergänzen, hat das aber nicht nur eine historisch verquere Dimension. Denn das „Zentrum gegen Vertreibungen“ soll etwa 80 Millionen Euro kosten, das Holocaust-Mahnmal hingegen nur gut 25,5 Millionen Euro.

Ob es allerdings tatsächlich ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in der von den Vertriebenenverbänden gewünschten Intention geben wird, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt – denn der Bundestag hat zwar einem „Zentrum gegen Vertreibungen“ inzwischen grundsätzlich zugestimmt, jedoch betont, dieses solle in längerer Perspektive und im Dialog mit den europäischen Nachbarn errichtet werden. Was dann unter einer europäischen Ausrichtung tatsächlich zu verstehen sein wird, muss die weitere Entwicklung zeigen.

Redliche Jugend



ZvD-Veranstaltung in Görlitz

Am 22. September diesen Jahres will der Anfang der 1990er Jahre aus Protest gegen die „Zwangsversöhnung" mit Polen gegründete „Zentralrat der vertriebenen Deutschen" (ZvD) gemeinsam mit der „Landsmannschaft Schlesien/ Schlesische Lausitz in Sachsen" und anderen befreundeten Vereinigungen in der Görlitzer Stadthalle eine Veranstaltung zum „Tag der Heimat" durchführen.

von Jos Fritz

Zur Teilnahme bei der Veranstaltung, die unter dem Motto „Ohne Jugend keine Zukunft" stattfindet, werden besonders Jugendliche aufgerufen, die der „Heimat, dem Recht und der Redlichkeit verpflichtet" seien. Keine andere Vereinigung sei „so lustlos mit der Jugendarbeit beschäftigt wie die offiziösen Vertriebenenverbände": „Wer seine Jugend in Kriege schickt, um das geltende Völkerrecht für fremde Menschen einzufordern und dieses Völkerrecht den Vorfahren und Nachkommen des eigenen Volkes verweigert, missbraucht seine Jugend und entwöhnt sie ihres Rechtsbewusstseins".

Heftige Kritik an der mächtigen Konkurrenz vom „Bund der Vertriebenen" (BdV) übte der ZvD-Vorsitzende Herbert Jeschioro vor einigen Jahren unter anderem in einem Interview mit der NPD-Postille „Deutsche Stimme". Die BdV-Führung wolle „ihre Mitglieder zu tanzenden, Streuselkuchen essenden und traurige Lieder singenden, aber unpolitischen Opfern chauvinistischer Austreibungsverbrechen degradieren", äußerte er dort. Jeschioro, dessen Texte vor allem in der neofaschistischen Zeitung „Der Schlesier" („Was gibt es schlimmeres als Antifaschisten mit faschistoider Geisteshaltung?") abgedruckt werden, ist auch als Leserbriefschreiber in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa" aufgefallen.

Um einer „biologischen Lösung" der Vertriebenenfrage entgegenzuwirken, hat der ZvD denn auch bei seiner letzten Jahreshauptversammlung beschlossen, dass die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) „beitragsfrei" Mitglied des ZvD werden könne. Die „Landsmannschaft Ostpreußen" hatte sich von ihrem damaligen Jugendverband wegen dessen Nähe zum Neofaschismus getrennt. Einstimmig beschlossen wurde auf der Versammlung auch, gemeinsam mit anderen Vereinigungen ein Grundstück zu erwerben, um künftig in einem eigenen Haus Seminare und Versammlungen durchführen zu können. Zum Zweiten Vorsitzenden des ZvD wurde Wolfgang Maikranz gewählt, der Ende der 1990er Jahre noch stellvertretender Vorsitzender der revanchistischen Kleinpartei „Bund für Gesamtdeutschland – Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählervereinigung" gewesen ist.

Aufschlussreicherweise können die Eintrittskarten für die Veranstaltung in der Görlitzer Stadthalle bei einer Frau Dr. Rau, zugleich Mitglied des ZvD-Vorstandes, über die BdV-Geschäftsstelle in Löbau bestellt werden. Besonders pikant ist daran, dass der Bundesverband BdV sich öffentlich vom ZvD distanziert und erklärt hatte, nichts mit dem ZvD zu tun zu haben.

Rosige Zukunft

„Henker von Genua" muss nicht in Haft

Mit „Haltung" wollte Friedrich Engel den Richterspruch entgegennehmen. Aber als das Hamburger Landgericht den früheren SS-Obersturmbannführer am 5. Juli diesen Jahres wegen 59fachen Mordes für schuldig erklärte, war der 93-jährige verbittert. Denn der einstige Chef des „Sicherheitsdienst" (SD) in Genua meint, nach Recht und Befehl gehandelt zu haben. Engel war so verärgert, dass er gar nicht wahrnahm, dass er die sieben Jahre Haft, zu dem die 21. Strafkammer ihn verurteilt hatte, nicht einmal antreten muss.

von Andreas Speit

Nach 13. Verhandlungstagen sah das Gericht es als erwiesen an, dass Engel bei der Erschießung von Partisanen und politischen Häftlingen am 19. Mai 1944 am Turchino-Pass die „Tatherrschaft" hatte. Die Hinrichtung sei unter seiner Regie als Vergeltung für einen Bombenanschlag auf das Soldatenkino „Odeon", bei dem fünf Marinesoldaten starben, durchgeführt worden. Für den Vorsitzenden Richter Rolf Seedorf ist die Exekution als „Repressalienmaßnahme" durch das „völkerrechtliche Gewohnheitsrecht" gedeckt. Denn das Attentat der Partisanen sei nach Kriegsrecht ein „Notwehrtatbestand". Mal wieder erklärten deutsche Richter den Widerstand gegen die Besatzung durch die Wehrmacht als völkerrechtswidrig.

Schon 1951 verkündete das Augsburger Landgericht im einzigen Verfahren, welches die Massaker in Griechenland zum Gegenstand hatte, dass die Voraussetzungen der völkerrechtlichen Notwehr für die Wehrmacht gegeben seien, weil „die Kampftätigkeit der Zivilbevölkerung ein rechtswidriger Angriff war, der Griechenland mittelbar als völkerrechtliches Delikt zuzurechnen sein dürfte".

Die Hamburger Richter berücksichtigten aber, anders als ihre Augsburger Kollegen, dass auch „Sühneaktionen humanitäre Grenzen" gesetzt seien. Die Art und Weise, wie Engel die „Nacht und Nebel"-Erschießung plante und durchführte, habe die „Humanitätsschranke" überschritten. „Die Opfer mussten in die Grube sehen mit den Leichen und sterbenden Landsleuten, bevor sie selbst in die Grube im wahrsten Sinne des Wortes geschossen wurden", beschreibt Seedorf das Massaker. Selbst wenn zugunsten des Angeklagten davon ausgegangen werden

könne, dass er den Auftrag auf einem „Hitlerbefehl“ beruhend ausführte, ginge die „Form der Hinrichtung über das erforderliche Maß der Tötung“ hinaus.

Engel, der sich die Urteilsbegründung bisher nur mit leichtem Kopfschütteln angehört hatte, widersprach fast, als Seedorf betonte: „Sie haben über den Befehl hinaus gehandelt. Die Tötung war grausam und zeigt Ihre gefühllose und unbarmherzige Gesinnung“. Zwar wäre damit der Tatbestand des Mordes gegeben, weshalb das Urteil auf Lebenslänglich hätte lauten müssen, doch wegen der „außergewöhnlichen Umstände“, so Seedorf, sehe das Gericht von einer lebenslangen Freiheitsstrafe ab. Zum einen sei nach der mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden Verzögerung durch die Strafjustiz ein anderes Urteil „unverhältnismäßig“. Zum anderen könne die Nachkriegsgeneration die besondere Kriegssituation „nicht richtig beurteilen“, hebt Seedorf hervor. Dem geringen Verfolgungsinteresse der deutschen Justiz und dem großen Verständnis für die nationalsozialistischen Täter verdankt der SS-Kriegsverbrecher also das milde Urteil. Dennoch legte Engel Berufung ein.

Trotz des „unglücklichen“ Verfahrens begrüßt die Nebenklägerin Olivia Bellotti, die zwei Angehörige der Opfer vertritt, die Verurteilung: „Die Betroffenen in Genua wollten, dass Engel endlich zur Verantwortung gezogen wird“. Auch wenn das Urteil wohl nie vollstreckt werden wird - denn selbst wenn Engels Revision scheitert, dürfte sein hohes Alter ihn vor der Haft bewahren.

Das braune Licht

Zwangsarbeiter bei Leni Riefenstahl am Set

Das Schicksal ihrer „Lieblinge“ interessierte Leni Riefenstahl nur so lange, wie diese vor ihrer Kamera standen. Nun muss sich die „Scheinwerferin“ des Dritten Reichs aber doch mit den Opfern ihrer Filmproduktion „Tiefland“ auseinander setzen. Während zum hundertsten Geburtstag Riefenstahls am 22. August diesen Jahres die Laudatoren die Kreativität ihrer Filme und die Faszination ihrer Fotografien würdigten, beschuldigt der „Rom e.V.“ die Jubilarin, den Holocaust zu leugnen.

von Andreas Speit

61 Jahre nach der Produktion von „Tiefland“ bei Krünn und Berlin stellte der Kölner Verein, der sich der Verständigung von Roma und Nicht-Roma verschrieben hat, Strafanzeige gegen die Regisseurin, die auch Produzentin und Hauptdarstellerin des Films war. Auf einer Pressekonferenz legte der Verein, unterstützt von dem Vorstandsmitglied und Journalisten Günter Wallraff und dem Publizisten Ralph Giordano, neue Fakten vor, nach denen Riefenstahl über 100 Sinti und Roma aus NS-Lagern als menschliche Filmdekoration missbraucht hat und ihre Aussage „wir haben alle Zigeuner, die mitgewirkt haben, nach Kriegsende wieder gesehen. Keinem einzigen ist etwas passiert“ falsch ist. Kurz vor Ablauf der Frist unterschrieb Riefenstahl eine Unterlassungserklärung, nach der sie dies nun nicht mehr behaupten darf. Nun fordert der Verein, dass im Vorspann des Films die Namem aller Sinti und Roma aufgeführt werden.

Bis heute führte Riefenstahl nicht den Orginalfassung des Films vor. Denn den Originalcut von „Tiefland“ zeigte Riefenstahl bei der Uraufführung am 11. Februar 1954 im Stuttgarter EM-Kino nicht. Für die Premiere hatte die „Priesterin der Schönheit“ (Susan Sontag) vorsichtshalber die Passagen mit den Häftlingen aus den NS-Lagern Maxglan bei Salzburg und Marzahn bei Berlin entfernt. Ihre Filme passte Riefenstahl, die nach Eigenaussage immer nur das „Schöne“ darstellen wollte, gern dem erwarteten Publikum an. Als sie aufgrund von Protesten 1938 in Hollywood die Olympia-Filme nur bei einer Privatvorführung zeigte, sahen die Zuschauer nicht das Original. Alle Szenen mit dem von ihr vergötterten Führer hatte sie herausgeschnitten. Prompt lobten die „Hollywood Citizen News“ und die „Los Angeles Times“ den Film. Damals erklärte sie erstmals in der Öffentlichkeit, was sie bis heute wiederholt, um sich vor jedweder Kritik zu immunisieren: „Ich habe niemals eine offizielle Position in Deutschland gehabt. Ich bin eine freie Künstlerin“.

Ganz „freie“ Künstlerin „lieh“ sich Riefenstahl 1940/41 bei der SS für „Tiefland“, der die NSDAP nach heutigen Berechnungen 16 Millionen Euro kostete, mehrmals Sinti und Roma aus. Sie dienten ihr als „authentische“ Komparsen in dem schlichten Berghirtendrama, nach der neoromantischen Oper von Eugen d'Albert - „um das spanische Kolorit zu verstärken“, wie sie in ihren Memoiren schreibt. Wenn Riefenstahl die „Filmsklaven“ (Ulrich Enzensberger) nicht für die Dreharbeiten brauchte, wurden sie am Set eingesperrt. Nachdem die letzte Klappe der NS-Produktion gefallen war, welche sie angeblich nur drehte, um „keine Propagandafilme“ machen zu müssen, kamen sie wieder in die Lager, von denen sie später nach Auschwitz deportiert wurden.

Schon Ende der 1940er Jahre klagte sie gegen die „Revue“ und bestritt, „Reichsmittel“ für „Tiefland“ erhalten zu haben oder gar über das Schicksal der Sinti und Roma informiert gewesen zu sein. Mit Erfolg, wie Lutz Kinkel in dem gerade erschienen Buch „Die Scheinwerferin. Leni Riefenstahl und das ‚Dritte Reich‘“ berichtet. Die Richter sahen es als nicht erwiesen an, dass Riefenstahl die Sinti und Roma schlecht behandelte und von ihrer Vernichtung gewusst habe. Anfang der 1980er Jahre führte sie erneut einen Prozess, in dem es ihr aber nicht gelang abzustreiten, dass sie die Sinti und Roma zwangsverpflichtet und nicht entlohnt hatte. Ob sie das NS-Lager Maxglan aufsuchte und selbst die „menschliche Filmdekoration“ aussuchte, blieb vor Gericht jedoch ungeklärt. Die wenigen überlebenden Häftlinge bezeugen, dass Riefenstahl sich von der SS Sinti und Roma vorführen ließ und mit Daumen und Zeigefinger ein Linse bildete, durch die sie die Gesichter musterte. Der Sinto Joseph Rheinhard hörte noch die Bemerkung: „So kann sie die Leute nicht mitnehmen, hat sie gesagt, die müssen neu eingekleidet werden“. Mittlerweile bedauert Riefenstahl das „Leid, das Sinti und Roma während des Nationalsozialismus erleiden haben müssen“. Aber erst heute sei ihr „bewußt, dass viele von ihnen in Konzentrationslagern umgekommen seien“. Nicht nur ihre Filme retuschiert das selbstinszenierte „unpolitische Genie“ immer wieder, auch ihre Memoiren formt sie ständig neu, um ihre Symbiose von Politik und Kunst zu negieren. Aber auch um ihre Geschäftsinteressen zu wahren – regelmäßig blendet sie Co-Autoren und -Produzenten der Produktionen aus.

Trotz des Cuts flopte „Tiefland“. Vielleicht relativiert eine Debatte um den Film die Laudatio, in der Riefenstahl ohne den Schatten ihrer Vergangenheit erscheint. Falls nicht wieder der schöne Schein“ alles überblendet.

Migration und Demografie

Themen für den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft

Angesichts des Bundestagswahlkampfes stellt sich die Frage, ob der Rechtsextremismus – von dem sich alle etablierten Parteien geradezu demonstrativ distanzieren – ein Rand(gruppen)problem oder ein Phänomen der Mitte ist. So vollziehen sich rassistisch motivierte Gewalttaten in einem politischen Klima, das durch Horrormeldungen über den demografischen Wandel („Vergreisung" und „Schrumpfung" der Bevölkerung) sowie Auseinandersetzungen über Formen der Zuwanderung und des interkulturellen Zusammenlebens geprägt ist.

von Christoph Butterwegge

Die durch Gerhard Schröders Green-Card-Initiative im Februar 2000 erneut angestoßene Zuwanderungsdebatte stand ganz im Zeichen zweier Argumentationslinien: Deutschland benötige hoch qualifizierte Arbeitsmigrant(inn)en, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederzuerlangen; junge, möglichst kinderreiche Migrant(inn)en könnten die negativen Folgen des demografischen Wandels abmildern und eine völlige „Vergreisung" der Bundesrepublik verhindern.

Die seither in den Medien verstärkt erörterte Frage „Nutzen uns die Zuwanderer oder nutzen sie uns aus?" beruhte auf nationalistischen und rassistischen Prämissen, welche der ständig proklamierten Weltoffenheit des „Standorts D" eigentlich Hohn sprachen. Sie grenzte ein nationales Kollektiv, die deutsche „Wir"-Gruppe, „den Anderen" bzw. „den Fremden" gegenüber ab. In der Diskussion über die Green Card wurde erstmals wieder nach 1945 explizit das „deutsche Interesse" artikuliert, wobei jedoch weniger völkische als standortnationalistische Positionen hervortraten. Selbst im Bericht der sog. Süssmuth-Kommission, die Hoffnungen auf einen Paradigmenwechsel der Migrations- und Integrationspolitik nährte, wurden ökonomische und demografische Interessen der Bundesrepublik in den Vordergrund gerückt, während humanitäre Verpflichtungen demgegenüber zurücktraten.

Kassandrarufe, düstere Prognosen bzw. Horrorszenarien demokratischer Politiker und bürgerlicher Medien im Hinblick auf den Niedergang Deutschlands bzw. das Schicksal des deutschen Volkes häufen sich. Teilweise klagen dieselben Kreise, die während der Asyldiskussion zu Beginn der 1990er-Jahre noch lauthals „Das Boot ist voll!" gerufen und Zuwanderung mit dieser Begründung abgelehnt hatten, in einem menschenleeren Land könne niemand mehr die Renten der alten Leute aufbringen. So behandelte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" die Kontroverse zur Einwanderung im Oktober 2000 unter der eine Nazi-Parole zynisch ins Gegenteil wendenden Überschrift „Raum ohne Volk". Und die rheinische Boulevardzeitung „Express" fragte zur selben Zeit im Stil rechtsextremer Gazetten: „Sterben die Deutschen (bald) aus?"

Die von Jürgen Rüttgers (CDU) im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf des Jahres 2000 bezüglich der Green-Card-Regelung ausgegebene, von den „Republikanern" auf ihre Wahlplakate übernommene Parole „Kinder statt Inder" zieht sich wie ein roter Faden durch Diskussionen über eine Kehrtwende in der Familien- und eine Rückkehr zur „aktiven Bevölkerungspolitik" (Edmund Stoiber).

Unter der Überschrift „Kinder als Schicksal" schrieb die „Junge Freiheit" Anfang 2000, dass auch vermehrte Immigration den rapiden Geburtenrückgang nicht einmal stoppen könne: „Massive Zuwanderung zwecks Rentenabsicherung ist zwar originell, aber mit seriösen ökonomischen Argumenten nicht zu begründen. Stattdessen schweigt die politische Klasse zum eigentlichen Thema: wie die Deutschen schlicht ermutigt werden können, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen." Ein halbes Jahr später erschien die „Zeit" mit der Titelschlagzeile „Kinder, Kinder!" Auf dem Zenit der medialen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, dessen Publizistik sich schon seit Jahrzehnten um die Zukunftsfähigkeit des deutschen Volkes sorgt und für eine „familienpolitische Großoffensive" wirbt, fragte Susanne Mayer im August 2000 in einem „Zeit"-Leitartikel, wie die Geburtenrate der Deutschen durch staatliche Maßnahmen zu steigern wären. Eine pronatalistische Sozial- und Familienpolitik klagte Mayer auch in einem weiteren Leitartikel mit dem Titel „Die betrogene Familie" Anfang Februar 2001 ein, der sich seiner Diktion, hysterischen Aufgeregtheit und alarmistischen Beschwörungsformeln nach kaum mehr von ähnlichen Beiträgen in rechtsextremen Publikationsorganen unterscheidet, zumal diese bei ihren Formulierungen aus (wahl)taktischen Gründen eher Zurückhaltung üben.

Dass sich die politisch-ideologischen Grenzlinien zwischen dem Rechtsextremismus und der bürgerlichen Mitte auflösen, illustriert auch die Tatsache, dass ein Mann wie Meinhard Miegel, der als Experte für Zukunftsfragen rechtspopulistisch agiert und in Publikationsorganen der sog. Neuen Rechten (z.B. der „Jungen Freiheit" und „Criticón") schreibt, nicht nur als Berater neoliberaler und nationalkonservativer Kreise in Wirtschaft und Verwaltung fungiert, sondern auch als Referent sozialdemokratischer Parteitage und an prominenter Stelle im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auftritt. Das erste Kapitel seines Buches „Die deformierte Gesellschaft" trägt den bezeichnenden Titel „Die demographische Zeitbombe" und beginnt mit dem folgenden Satz: „Nichts ist für ein Land auf Dauer so folgenreich wie die Entwicklung seiner Bevölkerung." Miegel versteht unter „Kinderarmut" den durch die „Gebärfaulheit" der Deutschen entstandenen Mangel an Nachwuchs.

Es ist zu erwarten, dass der Diskurs über den Geburtenrückgang, über fehlende (deutsche) Kinder und über die negativen Auswirkungen der Zuwanderung für den „Standort D" bzw. das System der sozialen Sicherung die Öffentlichkeit künftig noch stärker beeinflussen wird. Er birgt die Gefahr eines weiteren Rechtsrucks der „Mitte" in sich. Ob sich diese rechtspopulistisch geriert oder eine Partei wie die des Hamburger Innensenators Schill bundesweit reüssiert, wird nicht zuletzt von der Wahl am 22. September abhängen.

Vom Autor und Janine Cremer/ Alexander Häusler/Gudrun Hentges/ Thomas Pfeiffer/Carolin Reißlandt/ Samuel Salzborn erschien kürzlich: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002.

Vermeintliche Vollständigkeit

von Christian Dornbusch

Die von Holger Bredel verfasste Dissertation beschäftigt sich mit der Skinhead-Szene im Kontext der extremen Rechten. Inhaltlich präsentiert die über 400 Seiten starke Publikation einen Abriss der Geschichte der Skinheads von der Entstehung in England, über die Entwicklung der Szene in den beiden deutschen Staaten bis 1989 und im anschließend vereinigten Deutschland. Desweiteren widmet sich Bredel ausführlich den Fanzines und der Musik der Szene. Während er allerdings anfangs noch versucht, die verschiedenen politischen Ausprägungen der Szene zu differenzieren und darzustellen, wendet er sich im zweiten Teil beinahe ausschließlich dem rechten bis rechtsextremen Teil zu. Leider erarbeitet er hier keine Kriterien, die es vielleicht ermöglichen könnten, zwischen neonazistischen Skinheads und Nicht-Skinheads mit gleichem Outfit etc. zu unterscheiden. Denn immerhin ist der Skinhead-Stil schon seit einigen Jahren ein allgemein bevorzugter Kleidungsstil von Neonazis und extrem Rechten unter 35 Jahren.

Obwohl die Ausführungen Vollständigkeit suggerieren, wird bei näherer Betrachtung schnell deutlich, dass die Basis an Primärmaterial, auf der diese Arbeit verfasst wurde, äußerst dünn ist. Daraus erklärt sich auch, warum der Autor häufig auf Sekundärliteratur, an zentralen Stellen vor allem auf jene der Verfassungsschutzämter, zurückgreift. Hinzu kommt, dass Bredel an vielen Stellen auf Kosten von präzisen Analysen und Hintergrundinformationen auf eben diese vermeintliche Vollständigkeit Wert legt.

Zur Farce gerät die Dissertation allerdings, wenn der Autor sich im Kapitel „Skinbands“ ausführlich über die „Böhsen Onkelz“ auslässt und sich dem Phänomen „Neue Deutsche Härte“ (NDH) zuwendet. Während die Einen seit nunmehr fünfzehn Jahren keine Skinhead-Band mehr sind, hatte und hat NDH bis heute nichts mit Skinheads und auch nicht mit Skinhead-Rock zu tun. Aufgenommen hat der Autor diesen Musikstil, da man „bei näherem Hinsehen [...] auch bei ihr Anknüpfungspunkte für rechte Ideologien erkennen“ kann. Warum dann allerdings Volksmusik, Heavy Metal und Dark-Wave keiner näheren Betrachtung unterzogen wurden, bleibt offen. Obwohl die Dissertation einige gute Ansätze aufweist, mangelt es ihr an entscheidenden Stellen jedoch an analytischer Schärfe, Tiefgang und einer erschöpfenden Darstellung.

Bredel, Holger: Skinheads - Gefahr von rechts, Berlin: Rhombos Verlag 2002, 420 Seiten, 35,20 Euro.

Geschichtspolitische Arbeit zu Buchenwald

In der Auseinandersetzung mit dem Geschichtsrevisionismus und der Umwandlung von KZ-Gedenkstätten kommt der Arbeit der Überlebenden dieser Lager immer noch eine hohe politische Bedeutung zu. Sie sind es, die aus eigenem Erleben Zeugnis ablegen können und sich – wie am Beispiel Buchenwald in den vergangenen 12 Jahren eindrucksvoll gezeigt – mit Erfolg gegen die Abwicklung der Gedenkstätte zur Wehr gesetzt haben.

Nun ist jedoch der biologische Prozess nicht aufzuhalten und es wurde dringend nötig darüber nachzudenken, wie die Arbeit der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora zukünftig gesichert werden könnte. Im April diesen Jahres wurde daher ein Verein „Lagergemeinschaft Buchenwald - Dora / Freundeskreis e.V.“ gegründet, dessen Zweck u.a. folgendermaßen formuliert wurde: Bewahrung des Vermächtnisses der ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald, Erinnerung an den Tag der Selbstbefreiung der Häftlinge aus dem KZ durch eine internationale Gedenkfeier in Buchenwald, ideelle und finanzielle Unterstützung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Erinnerungsarbeit in antifaschistischer Perspektive, Sicherstellung der Herausgabe der Zeitung der Lagergemeinschaft Buchenwald - Dora „Die Glocke vom Ettersberg“.

Mitglied in diesem Verein kann – neben den ehemaligen Buchenwaldern – jeder werden, der sich diesen Zielen verbunden fühlt.

Vorsitzender des Vereins ist Horst Gobrecht (Gewerkschaftssekretär), Stellvertreter wurde Georg Benz (ehem. hauptamtlich IG Metall, Frankfurt/M.), Vertreter der ehemaligen Buchenwald-Häftlinge ist Willy Schmidt (Frankfurt/M.), Geschäftsführer wurde Dr. Ulrich Schneider.

Wer Interesse an Mitarbeit und Mitgliedschaft im Verein hat, wende sich an die Adresse der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Frankfurt/M.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme„ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich augehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Zwischen Skandalon und Politikum

von Janine Clausen

„Bleibt die Schill-Partei eine Hamburgensie, eine temporäre Wahlvereinigung oder entwickelt sie sich zu einer bundesweit erfolgreichen ‚vierten Partei'?" Diesen Optionen gehen Carini und Speit in dem Buch zu Ronald Barnabas Schill und seiner Partei nach. Zwei Autoren – zwei Blickwinkel.

Um die möglichen Perspektiven zwischen Erfolg und Scheitern der „Schill-Partei" (SP) zu reflektieren analysieren die Autoren Schills Weg vom Amtsrichter zum Innensenator, beleuchten den Erfolg seiner Partei bei der Hamburger Bürgerschaftswahl, stellen die Ausdehnungsversuche der Partei auf die Bundesrepublik dar, betrachten die Regierungspolitik von SP, CDU und FDP und vergleichen die SP mit „rechtspopulistischen Parteien" in Europa.

Carini beschreibt, wie der Amtsrichter mittels der Medien zu „Richter Gnadenlos" wurde und sich durch dieses Image als authentischer Law-and-Order-Repräsentant inszenieren und als charismatischer Politiker etablieren konnte. Aber nicht nur die Hamburger Medien, so Carini, sondern auch die Parteien von CDU bis SPD hätten den Erfolg des Newcomers möglich gemacht. In der Regierungspolitik würden sich die Parteien ergänzen und eine Rechtswende in der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik umsetzen. Selbst Skandale um Parteienfilz und Koksgerüchte schaden Schill nicht, er kann die Berichterstattung gar für sich instrumentalisieren. Leider hebt das Detailvolumen Carinis des Öfteren die Stringenz der Kapitel auf. Zudem setzt sein boulevardistischer Stil zu sehr auf Effekte, dadurch geht auch mal die inhaltlicher Dimension verloren.

Speit stellt das Programm und die dahinter stehenden ideologischen Fragmente dar und charakterisiert die Partei als „rechtskonservativ": Eine „Klassifizierung der Schill-Partei als rechtspopulistisch [...] [sei] ungenau" und blende den „unterschiedlichen ideologischen Kontext der verschiedenen Strukturen der extremen Rechten aus". Als rechtspopulistisch könne die SP nur bezeichnet werden, wenn der diffuse Terminus auf die Kommunikations- und Interaktionsform begrenzt wird. Nach der Charakterisierung der selbst ernannten „CSU des Nordens" benennt Speit Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur FPÖ und der „Lijst Pim Fortuyn" und stellt Thesen zu der Entwicklung des „multifaktorischen Phänomens" zur Diskussion.

Aufgrund des ideologischen Hintergrunds, so Speit, sei es auch nicht verwunderlich, dass immer wieder Schill-Funktionäre in der „Junge Freiheit" ihre Parteipolitik erklären, und auch weitere extrem rechte Vereinigungen der Partei wohl wollend begegnen. Nach dem Hamburger Wahlerfolg, so Speit weiter, träumten die Intellektuellen der extremen Rechten den alten Traum von einer „vierten Partei", rechts aber nicht „rechtsextrem". Diese Option habe auch die CDU/CSU diskutiert, aber erst als die Wahlanalysen offenbarten, dass die „Rechnerei zum Nullsummenspiel" für die Union würde, habe sie sich an die Strauß-Doktrin „rechts von der Union darf sich auf Dauer keine demokratisch legitimierte Partei etablieren" erinnert.

Obwohl die Autoren keine Prognose zur SP abgeben, zeigen sie die unterschiedlichen Aspekte auf, die die Perspektive der „Partei für den rechtschaffenden Bürger" bestimmen könnten. Allerdings betonen sie, dass die SP voraussichtlich nicht am gesellschaftlichen Klima scheitern werde, sondern an parteiinternen Konflikten. Die „Kultur des Ressentiments" forciere stattdessen rechtspopulistische Optionen.

Marco Carini / Andreas Speit: Ronald Schill – Der Rechtssprecher, Hamburg: Konkret Literatur Verlag 2002, 205 Seiten. 15,- Euro.

Antifa West Bielefeld / Argumente und Kultur gegen Rechts: Stop Lifestyle of Hate - Die „extreme Rechte" in OWL, 2002, 50 Seiten, 3,- Euro (Bezug: Antifa West, c/o BI Bürgerwache, Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld)

In der Broschüre werden kenntnisreich die Strukturen der RechtsRock-Szene sowie der Freien Kameradschaften in Ostwestfalen dar-, das Collegium Humanum in Vlotho vorgestellt und die Aktivitäten von alten und jungen Nazis, u. a. auch an der Wewelsburg, beschrieben.

JungdemokratInnen / Junge Linke Duisburg (Hg.): Duisburg rechts um!? Neonazismus im Großraum Duisburg / Oberhausen, 2002, 148 Seiten, 5,- Euro (Bezug: JungdemokratInnen / Junge Linke, KV Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg)

Zentral in diesem Buch ist die detaillierte Darstellung der Strukturen von NPD/JN, Freien Kameradschaften und der RechtsRock-Szene in der Region Duisburg/ Oberhausen. Empfehlenswert aufgrund der überregionalen und auch zum Teil bundesweiten Bedeutung der vorgestellten Gruppierungen.

Antifa 3000 / Verein zur Förderung politischer Jugendkulturen e.V.: Freie Kameradschaften, 2002, 50 Seiten, 1,- Euro (Bezug: Antifa 3000, Kornstr. 28-30, 30167 Hannover)

Die Broschüre skizziert die Entstehungsgeschichte der sog. Freien Kameradschaften, umreißt den organisatorischen Aufbau, benennt die Führungskader und schätzt die Bedeutung dieser Gruppierungen für die extreme Rechte ein. Die umfassende Beschreibung und Analyse zum kleinen Preis ist damit derzeit die einzige Darstellung zum Thema und sollte nirgends fehlen.

Deutsche Westforschung

von Marcel Galand

Analog zu der vor allem in den letzten Jahren zunehmend erforschten deutschen Ostforschung gab es in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus auch eine – bisher fast gar nicht kritisch reflektierte – aktive deutsche Westforschung. Diese hatte sich auf die völkische Durchdringung der an das Deutsche Reich im Westen angrenzenden Gebiete spezialisiert und verfolgte ebenso wie die Ostforschung die politische Erschließung von vermeintlich deutschem Volks- und Kulturraum. Hans Derks stellt in seiner Arbeit über die deutsche Westforschung nicht nur diese historischen Aspekte ausführlich dar, sondern er beschreibt auch die Kontinuität der Verquickung von Politik und Wissenschaft im Rahmen der Westforschung bis in die Gegenwart.

Das Ziel dieses Forschungsansatzes war, so Derks, aus dem Rheinland gelenkte „Kulturströme" auszulösen, die im Westen von Deutschland eine „einheitliche Geschichtslandschaft", ja gar eine „Kulturprovinz' des rheinländisch-westfälischen Kernlandes" schaffen sollten. Im Mittelpunkt standen dabei Reichs-, Volkstums- und Sprachkonzeptionen, mit denen eine politische Intervention historisch zu stützen versucht wurde. Derks gelingt es in seiner Darstellung nicht nur, die ideologischen Aspekte herauszuarbeiten, sondern er zeigt auch die politischen und akademischen Netzwerke auf, die eine Realisierung der deutschen Westforschung möglich machten.

Hans Derks: Deutsche Westforschung. Ideologie und Praxis im 20. Jahrhundert, Leipzig: Akademische Verlagsanstalt 2001, 304 Seiten, 24,50 Euro.